

Indien und seine Global-Governance-Politik

Wagner, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wagner, C. (2016). *Indien und seine Global-Governance-Politik*. (SWP-Studie, 1/2016). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46525-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Christian Wagner

Christian Wagner

Indien und seine Global-Governance-Politik

S 1
März 2016
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

SWP-Studien unterliegen
einem Begutachtungsverfah-
ren durch Fachkolleginnen
und -kollegen und durch die
Institutsleitung (*peer review*).
Sie geben die Auffassung der
Autoren und Autorinnen
wieder.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, Berlin, 2016

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5	Problemstellung und Schlussfolgerungen
7	Einleitung
11	Das Finanzsystem:
	Bretton-Woods-Institutionen, G20, BRICS
11	Weltbank und Internationaler Währungsfonds
12	G20
13	BRICS
13	New Development Bank
16	Wirtschaft
18	Sicherheit
18	Die Vereinten Nationen
20	Der Nichtverbreitungsvertrag
21	Terrorismus
21	Responsibility to Protect (R2P)
24	Umweltschutz und Klimawandel
27	Entwicklung
30	Ausblick:
	Indien und seine Global-Governance-Politik
31	Abkürzungen

*Dr. habil. Christian Wagner ist Senior Fellow in der
Forschungsgruppe Asien*

Indien und seine Global-Governance-Politik

Die Indische Union repräsentiert mit 1,2 Milliarden Menschen circa ein Sechstel der Weltbevölkerung. Allein schon wegen dieser Größe und der zahllosen sozio-ökonomischen Herausforderungen, die damit verbunden sind, sollte Indien ein hohes Interesse an Fragen von Global Governance haben, da einige der in diesem Rahmen verhandelten Politikfelder einen Beitrag zur nationalen Entwicklung leisten können. Allerdings zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass Indien in vielen internationalen Verhandlungsrunden eher als »Neinsager« aufgetreten ist und sich besonders mit der Zustimmung zu international verbindlichen Vereinbarungen schwertut. In der Studie werden die indischen Positionen in den Bereichen Finanzen, Handel, Sicherheit, Umwelt und Klima sowie Entwicklung beleuchtet. Die Untersuchung kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Indien war, ist und bleibt vor allem für die westlichen Industriestaaten ein schwieriger Verhandlungspartner. Mit Blick auf die innenpolitischen Konstellationen gibt es überdies wenig Anzeichen dafür, dass Indien seine ablehnende Haltung gegenüber international bindenden Vereinbarungen ändern könnte. Denn in dieser Frage herrscht ein parteiübergreifender Konsens. Verschiedene indische Regierungen bzw. Regierungskoalitionen haben über die Jahre hinweg die Verhandlungen in den einzelnen Global-Governance-Bereichen geführt, ohne dass sich nennenswerte Unterschiede in den Positionen gezeigt hätten. Abzuwarten bleibt, ob und inwieweit die zunehmende weltwirtschaftliche Integration Indiens hier mittel- bis langfristig zu einer Veränderung führen wird. Trotz der zunehmenden Bedeutung des Landes haben indische Politiker bislang aber wenig Anreize, sich auf internationale Verbindlichkeiten einzulassen. Globale Vereinbarungen zum Beispiel im Klima-, Umwelt-, Energie- oder Entwicklungsbereich können nur dann erfolgreich sein, wenn sich Indien daran beteiligt. Das verleiht dem Land in einer Reihe von Politikfeldern ein besonderes Gewicht.

2. Indien hat seine außenpolitischen Formate im Bereich Global Governance geändert bzw. angepasst. Traditionelle Institutionen wie die Blockfreien-Bewegung oder die G15 spielen für die indische Regierung heute so gut wie keine Rolle mehr. Im Vordergrund stehen stattdessen die neuartigen Foren der Club

Governance wie BRICS und BASIC. Ein gemeinsames Moment der alten und neuen Formate ist, dass es sich um Staatenkoalitionen handelt, die sich gegen westliche Positionen richten.

3. Indien ist eher als Status-quo-Macht denn als revisionistische Macht zu sehen. Es verfügt ohne Zweifel über ein gewisses Vetopotential in internationalen Verhandlungsrunden, bleibt aber trotzdem ein schwacher Spieler im Global-Governance-Kontext. Indische Regierungen erheben zwar einen Anspruch auf globale Mitsprache, die sich aus dem eigenen Großmachtverständnis speist, doch erlauben die begrenzten materiellen, personellen und ideellen Ressourcen zum Beispiel im Bereich der Diplomatie dem Land keine weitergehenden Gestaltungsinitiativen. Der Schwerpunkt indischer Außenpolitik liegt somit auf der Vertretung der nationalen Interessen, nicht auf der Entwicklung neuer Lösungsansätze für einzelne Politikbereiche oder gar alternativer Ordnungsvorstellungen. Die neuen Formen der Club Governance wie die BRICS-Gruppe sind hierbei für Indien von Vorteil, weil die geringen außenpolitischen Ressourcen in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten auf diese Weise besser gebündelt werden können. Zugleich sind sie ein geeignetes Mittel, um die internationalen Statusambitionen des Landes voranzutreiben.

4. Kritisch sind die zunehmenden Restriktionen indischer Regierungen gegenüber in- und ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu sehen. Die Global-Governance-Diskussion hat einen Teil ihres Mehrwerts aus der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure gezogen. Doch deren Spielräume werden in Indien in den letzten Jahren immer stärker eingeschränkt, obwohl sich die Aktivitäten der NGOs, wie der Widerstand und Demonstrationen gegen geplante Großprojekte, im verfassungsrechtlichen Rahmen bewegen. Angesichts der transnationalen Verbindungen vieler indischer NGOs werden deren Proteste gegen ihre Regierung in absehbarer Zeit wohl auch in westlichen Hauptstädten zu vernehmen sein. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass damit die von allen indischen Regierungen gefürchtete Einmischung in innere Angelegenheiten ein ganz neues Ausmaß annehmen könnte.

Einleitung

Der rasante Anstieg regionaler Organisationen und internationaler Regime seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bezeugt die gestiegene Notwendigkeit und den Bedeutungszuwachs der multilateralen Zusammenarbeit. Die zahllosen neuen internationalen Institutionen unterstreichen auf vielfache Weise die Annahme, dass (national-)staatliche Strukturen allein nicht mehr ausreichen, um mit der Fülle an alten und neuen grenzüberschreitenden Problemen wie Umweltverschmutzung, Klimawandel, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, transnationalem Terrorismus und organisierter Kriminalität umzugehen.

Die Debatte über Global Governance ist in vielerlei Hinsicht eine Fortsetzung dieser Entwicklung. Global Governance wird in der deutschsprachigen Diskussion oft mit Begriffen wie »Weltinnenpolitik« oder »globale Ordnungspolitik« umschrieben. Im politischen Diskurs hat sich mittlerweile auch der Begriff »globale Regierungsführung« als Übersetzung eingebürgert. Eine der gängigen Definitionen lautet: »Die Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Probleme erlauben.«¹ Der Begriff Governance (im Unterschied zu Government) akzentuiert die Bedeutungszunahme transnationaler Akteure wie Großunternehmen und internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei der Regelung globaler Probleme. Allerdings zeigt die Diskussion über Ordnungsmächte, Führungsmächte und Gestaltungsmächte, dass staatliche Akteure in vielen Politikbereichen weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen.

Im Folgenden werden Indiens Position und sein Vorgehen in einer Reihe von Politikfeldern untersucht, in denen es Ansätze für eine globale Regelung und Steuerung gibt. Die Ausgangssituation Indiens ist durch ein Paradox gekennzeichnet: Auf der einen Seite verleiht die demographische Größe der Indischen Union eine besondere Bedeutung in der Diskussion

über Global Governance. Erstens sind nachhaltige globale Regelungen in Klima-, Umwelt- und Energiefragen ohne die Beteiligung Indiens, das mit circa 1,25 Milliarden Menschen (2013) rund ein Sechstel der Weltbevölkerung repräsentiert, nicht vorstellbar. Indien ist mittlerweile der drittgrößte Emittent von Treibhausgasen, lehnt aber bindende internationale Vereinbarungen zulasten seiner wirtschaftlichen Entwicklung ab. Zweitens wird der weltweite Kampf gegen die Armut, der seinen Niederschlag in den Millennium Development Goals (MDG) fand, vor allem in Indien entschieden. Die größte Demokratie ist zugleich das größte Armenhaus der Welt. Das hohe Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hat die Armut zwar deutlich verringert.² Allerdings lebten 2012 noch immer 23,6 Prozent der indischen Bevölkerung von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag, und 59 Prozent hatten weniger als 2 US-Dollar pro Tag zur Verfügung.³ Das entspricht einer Gesamtzahl von über 730 Millionen Menschen. Vor diesem Hintergrund sind die Ziele im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDG) nur zu erreichen, wenn es umfassende Erfolge bei der Armutsbekämpfung in Indien gibt.

Schließlich hat sich die indische Mittelschicht, deren Größe je nach Definition zwischen 50 bis 150 Millionen Menschen umfasst, mittlerweile auch zu einer wichtigen Größe in der Weltwirtschaft entwickelt. Aufgrund der verbesserten Kaufkraft der Mittelschicht ist Indien zu einem wachsenden Absatzmarkt für Konsumgüter geworden. Durch die günstigen Lohnkosten im internationalen Vergleich hat das Land bislang vor allem vom Outsourcing im Dienstleistungssektor profitiert. Premierminister Modis Kampagne »Make in India« zielt darauf ab, den verarbeitenden Sektor stärker in die Wertschöpfungsketten internationaler

Ich danke Jannic Horne, Johanna Körnig und Julian Kuttig für ihre Zuarbeit.

¹ »Global Governance«, *Reset* (online), <<http://reset.org/knowledge/global-governance>> (Zugriff am 17.2.2015).

² Vgl. Puja Mehra, »8% GDP Growth Helped Reduce Poverty: UN Report«, in: *The Hindu*, 6.2.2015, <www.thehindu.com/news/national/8-gdp-growth-helped-reduce-poverty-un-report/article6862101.ece> (Zugriff am 18.1.2016).

³ Vgl. The World Bank, *Data: Poverty Headcount Ratio at \$1.90 a Day (2011 PPP) (% of Population)*, <<http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.DDAY>>, und *Poverty Headcount Ratio at \$3.10 a Day (2011 PPP) (% of Population)*, <<http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.2DAY>> (Zugriff jeweils am 24.2.2015).

Unternehmen einzubinden und damit die Industrialisierung des Landes voranzutreiben.

Auf der anderen Seite verfügt Indien trotz seiner demographischen Größe und seiner beeindruckenden wirtschaftlichen Erfolge in den letzten Jahren in vielen Bereichen über keine ausreichenden Ressourcen und Kapazitäten, um seine Interessen auf internationaler Bühne durchzusetzen. Gemessen in Kaufkraftparitäten war Indien 2014 bereits die drittgrößte Volkswirtschaft weltweit. Wenn die Wechselkurse berücksichtigt wurden, lag es allerdings nur auf Platz 33, und nur auf Platz 127 von 199 Ländern, wenn die Pro-Kopf-Werte ermittelt wurden.⁴ Rang 136 im Human Development Index (HDI) im Jahr 2013 unterstreicht die sozio-ökonomischen Herausforderungen, vor denen Indien steht.⁵ Trotz des hohen Wachstums seit der wirtschaftspolitischen Liberalisierung 1991 hat das Land seinen Rang im HDI nicht nachhaltig verbessern können.

Hinzu kommt eine Reihe von Problemen bei den personellen Kapazitäten. Die Alphabetisierungsrate ist zwar nach den Erhebungen des letzten Zensus auf 74 Prozent gestiegen,⁶ liegt damit aber noch immer deutlich unter den Raten vergleichbarer ost- und süd-ostasiatischer Schwellenländer. Indische Universitäten bringen zwar jedes Jahr eine große Zahl an Absolventen hervor, doch klagen nahezu alle nationalen und ausländischen Unternehmen, dass gut ausgebildete Fachkräfte fehlen. Der diplomatische Dienst Indiens umfasste 2013/14 lediglich circa 900 Diplomaten, von denen sich rund ein Drittel im Außenministerium und zwei Drittel im Ausland befinden.⁷ Die indische Regierung strebt eine deutliche Erhöhung der Zahl der Diplomaten an, aber eine solche personelle Aufstockung benötigt Zeit. Indien verfügt somit über vergleichsweise geringe sozio-ökonomische und diplomatische Kapazitäten, um seine wiederholt geäußerten internationalen Ambitionen auch umsetzen zu können.

Aufgrund dieser Faktoren ist Indien für die deutsche und europäische Politik ein zunehmend wichtiger Akteur auf der internationalen Bühne. Im Folgenden steht deshalb die Frage im Vordergrund, welche Positionen Neu-Delhi bei der Herstellung globaler Kollektivgüter in ausgewählten Politikfeldern vertritt und welche politischen Strategien es zur Umsetzung seiner Ziele verfolgt.

Die Verhandlungspositionen eines Landes im Bereich Global Governance sind in den jeweiligen außenpolitischen Kontext eingebunden und reflektieren seine spezifischen materiellen und ideellen Interessen. Im Falle Indiens sind die materiellen Interessen mit der wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft, zum Beispiel das Bestreben nach mehr ausländischen Direktinvestitionen und Technologietransfer. Die ideellen Interessen zielen auf den Status und die Reputation eines Landes im internationalen System ab. Für Indien ist es der Großmachtanspruch, den indische Regierungen seit vielen Jahren unter anderem mit der Forderung nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) untermauern wollen.

Indien ist seit seiner Unabhängigkeit 1947 ein vehementer Befürworter des Multilateralismus. Zwar wird das Land in Beiträgen und Diskussionen immer wieder als »neuer Akteur auf der internationalen Bühne« dargestellt, doch sind solche Zuschreibungen eher der Unkenntnis über die indische Außenpolitik geschuldet. Denn Indiens Erfahrungen mit multilateralen Formaten reichen weiter zurück als zum Beispiel die der Bundesrepublik Deutschland. Bereits im Frühjahr 1947, noch vor der formalen Unabhängigkeit, führte die damalige Interimsregierung die erste Pan Asia Conference in Neu-Delhi durch. Das Ziel war es, die Zusammenarbeit zwischen den asiatischen Staaten, darunter auch Tibet, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Ende der Kolonialherrschaft zu intensivieren.

Wie viele andere Staaten, so zeigt auch Indien wenig Interesse an einem effektiven, das heißt rechtlich bindenden Multilateralismus, wie er lange Zeit von der deutschen und europäischen Politik propagiert wurde. In Indien gibt es hingegen einen breiten parteiübergreifenden Konsens gegen solche verpflichtenden Vereinbarungen. Sie werden als Einmischung in die inneren Angelegenheiten und als unvereinbar mit der nationalen Souveränität angesehen. Das Spannungsfeld zwischen wachsender wirtschaftlicher und politischer Interdependenz einerseits und der Norm der Nichteinmischung andererseits ruft immer wieder innenpolitische Kontroversen hervor. Indien gehörte

⁴ Vgl. »India Displaces Japan to Become Third-largest World Economy in Terms of PPP: World Bank«, in: *The Economic Times*, 30.4.2014, <http://articles.economictimes.indiatimes.com/2014-04-30/news/49523310_1_capita-income-third-largest-economy-world-gdp> (Zugriff am 18.1.2016).

⁵ Vgl. Madhavi Rajadhyaksha, »India Ranks 136 in Human Development Index«, in: *The Times of India*, 15.3.2013, <<http://timesofindia.indiatimes.com/india/India-ranks-136-in-human-development-index/articleshow/18990526.cms>> (Zugriff am 15.3.2013).

⁶ Vgl. Census 2011, *Literacy in India*, <www.census2011.co.in/literacy.php> (Zugriff am 24.2.2015).

⁷ Vgl. Government of India, Ministry of External Affairs, *Annual Report 2013–14*, Neu-Delhi 2014, S. 200/201.

zwar zu den ersten Vertragspartnern des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), doch musste die Kongressregierung den Übergang zur Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1994/95 gegen beträchtliche innenpolitische Widerstände durchsetzen. 2008 verlor die Kongresspartei im Streit um das Abkommen über die zivile nukleare Zusammenarbeit mit den USA die Unterstützung der Kommunisten und musste sich kurzfristig einen neuen Koalitionspartner suchen, um nicht ihre Mehrheit zu verlieren. Zugleich gilt Indien auf multilateraler Ebene seit vielen Jahren als schwieriger Verhandlungspartner und »Neinsager« und verweigerte sich wiederholt international bindenden Abkommen.⁸ Indiens Haltung zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag ist dabei einer der extremsten Fälle. Das bislang letzte Beispiel für diese Tendenz zur Blockade war Indiens Ablehnung des sogenannten Bali-Pakts der WTO im Herbst 2014. Erst in Nachverhandlungen mit den USA konnte hier ein Kompromiss erzielt werden (siehe unten, S 16f).

Allerdings ist die Abneigung gegen verpflichtende internationale Abkommen nicht so kategorisch, wie es auf den ersten Blick und vor dem Hintergrund der innenpolitischen Debatten scheint. Erstens gibt es eine Reihe bindender Vereinbarungen, denen Indien zugestimmt hat und folgt, wie zum Beispiel bilaterale und regionale Handelsabkommen. Zweitens würde Indien, wenn es das (unwahrscheinliche) Angebot erhalten sollte, als Atommacht dem NVV beizutreten, dies vermutlich ohne Zögern, mit allen damit verbundenen internationalen Verpflichtungen tun. Gerade dieser Punkt zeigt, wie eng nationale Interessen und internationale Statuserwägungen miteinander verknüpft sind. Gegenwärtig könnte Indien nur als Nicht-Kernwaffenstaat dem NVV beitreten und hätte damit einen geringeren Status als China. Angesichts der jahrzehntelangen Rivalität mit der Volksrepublik ist ein solcher Schritt nicht mit dem indischen Selbstbewusstsein vereinbar.

Indiens Positionen in den verschiedenen Bereichen von Global Governance können auch als Gradmesser für die Anpassung bzw. den Wandel der Außenpolitik nach 1991 verstanden werden. Die neuen innenpolitischen Konstellationen, zum Beispiel die Zunahme von Koalitionsregierungen und eine auf Exporte ausgerichtete Wirtschaftspolitik, haben diese Anpassung ebenso bewirkt wie die Veränderungen des internationalen

Systems, in dem die jeweiligen nationalen Interessen in immer neuen Foren vertreten werden müssen. Die indischen Regierungen betrachten ihr Land weiterhin als Großmacht und als einen Pol in einer künftigen multipolaren Welt. Allerdings folgten sie mit der seit 1991 betriebenen wirtschaftspolitischen Liberalisierung mit den neuen Schwerpunkten Exportförderung, Beschleunigung des Technologietransfers und Stimulierung ausländischer Direktinvestitionen dem Mainstream erfolgreicher ost- und südostasiatischer Entwicklungsmodelle. Die BRICS stehen für einen neuen Typus internationaler Institutionen, die als Ausdruck einer alternativen, nicht von westlichen Staaten dominierten internationalen Ordnung gesehen werden.⁹ Demgegenüber haben traditionelle Instrumente indischer Außenpolitik, wie die Blockfreien-Bewegung, deutlich an Bedeutung verloren. Es finden zwar nach wie vor Gipfeltreffen der Blockfreien-Bewegung statt und es haben sich neue Organisationen wie die G15 etabliert, doch deren Bekanntheitsgrad ist außerhalb der beteiligten Außenministerien (darunter auch Indien) sehr gering.

Trotz veränderter nationaler und internationaler Konstellationen, so das Argument im Folgenden, knüpft die indische Außenpolitik damit weiterhin an Vorstellungen von Eigenständigkeit an, die 1961 mit der Gründung der Blockfreien-Bewegung ihren ersten institutionellen Ausdruck fanden. Im Unterschied zu damals versteht sich Indien aber heute weniger als Fürsprecher der Entwicklungsländer, sondern nutzt die neuen Formen der Club Governance, um seine eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen zu vertreten.¹⁰

Außenpolitische Themen, vor allem aus dem Bereich Global Governance, genießen nur eine geringe öffentliche Aufmerksamkeit in Indien. Das Parlament spielt traditionell kaum eine Rolle in der Außenpolitik. Trotz des hohen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren ist die weltwirtschaftliche Verflechtung des Landes im Vergleich zu Industriestaaten oder zu China gering und hat für die große Mehrheit der Abgeordneten praktisch keine Relevanz. Zudem müssen internationale Verträge nicht gesondert vom Parlament ratifiziert werden. Die Bedeutung von Interessen- bzw. Lobbygruppen im außenpolitischen Entscheidungsprozess ist bisher kaum Gegenstand

⁸ Vgl. Amrita Narlikar, »Peculiar Chauvinism or Strategic Calculation? Explaining the Negotiating Strategy of a Rising India«, in: *International Affairs*, 82 (2006) 1, S. 59–76.

⁹ Vgl. Amitav Acharya, »Move Over, Big Brother«, in: *The Hindu*, 21.7.2014, <www.thehindu.com/opinion/op-ed/move-over-big-brother/article6231205.ece> (Zugriff am 21.7.2014).

¹⁰ Vgl. Raja C. Mohan, *Crossing the Rubicon. The Shaping of India's New Foreign Policy*, Neu-Delhi 2003, S. 29ff.

wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. Somit sind die Akteurskonstellationen in außenpolitischen Themenfeldern relativ schwierig zu bestimmen. Das Nuklearprogramm fällt aufgrund seiner militärischen Dimension unter die nationale Sicherheit, so dass die Diskussionen darüber vor allem von Sicherheitsexperten und Vertretern der Atomlobby geprägt werden. Im Umwelt- und Klimabereich melden sich zwar einzelne Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu Wort, doch ist unklar, inwieweit deren Argumente Eingang in außenpolitische Entscheidungen finden. Berücksichtigt man den Output in beiden Bereichen, dann verfügen die Sicherheitsexperten vermutlich über einen größeren Einfluss auf die Entscheidungen im Nuklearbereich, als ihn die NGOs bei Umwelt- und Klimafragen haben. Im Folgenden werden Indiens Positionen in fünf zentralen Politikfeldern von Global-Governance-Verhandlungen untersucht, nämlich Finanzen, Wirtschaft, Sicherheit, Umweltschutz und Klimawandel sowie Entwicklung.

Das Finanzsystem: Bretton-Woods-Institutionen, G20, BRICS

Weltbank und Internationaler Währungsfonds

Aufgrund von Zahlungsbilanzproblemen waren indische Regierungen mehrfach auf Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen, auch wenn sie diese Hilfe aus ideologischen Gründen ablehnten. So erhielt Indien 1981 den bis dahin größten Kredit des IWF, obwohl Premierministerin Indira Gandhi eine vehemente Kritikerin dieser in ihren Augen »westlich dominierten« Instanz war.¹¹ Die Kredite wurden bis 1989 von Indien vollständig zurückgezahlt. 1991 nahm Indien angesichts der drohenden Zahlungsbilanzkrise erneut eine umfangreiche Unterstützung an, mit der weitreichende wirtschaftspolitische Reformen eingeleitet wurden. Seit 1993 hat Neu-Delhi keine Kredite mehr vom IWF bezogen und im Mai 2000 seine letzten Schulden getilgt.¹²

Als eines der größten Entwicklungsländer hat Indien auch umfangreiche Hilfszusagen und Programme internationaler Geber wie der Weltbankgruppe erhalten. Indien ist Mitglied in vier der fünf Institutionen der Weltbankgruppe: der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD), der International Development Association (IDA), der International Finance Corporation (IFC) und der Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA). Indien ist aber kein Mitglied im International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID).

Im Jahr 2013 unterstützte die Weltbankgruppe in Indien insgesamt 76 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 20,83 Milliarden US-Dollar. Es handelte sich vor allem um Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, kommunale Selbstverwaltung (Panchayati Raj), Wasserversorgung sowie Stadt- und Verkehrsnetzentwicklung. Im April 2013 verabschiedete die Weltbankgruppe eine neue Country Partnership Strategy (CPS), die Darlehen von drei bis fünf Milliarden US-Dollar jährlich bis 2017 vorsieht.

¹¹ Vgl. Praveen K Chaudhry/Vijay L. Kelkar/Vikash Yadav, »The Evolution of »Homegrown Conditionality« in India: IMF Relations«, in: *Journal of Development Studies*, 40 (2004) 6, S. 59–81.

¹² Vgl. Government of India, Ministry of Finance, *Annual Report 2009–10*, Neu-Delhi 2012, S. 35.

2013 erzielte die indische Regierung einen wichtigen Erfolg, als sie beim IDA-Treffen in Moskau die Fortführung von IDA-Krediten erwirkte, obwohl Indien aufgrund seiner wirtschaftlichen Entwicklung ab 2014 darauf keinen Anspruch mehr gehabt hätte. Indien erreichte eine Übergangslösung für günstigere IDA-Kredite bis 2017, die explizit für Projekte in den »backward and low income states« verwandt werden sollen.¹³

Indien hat sich wiederholt für Reformen der Bretton-Woods-Institutionen ausgesprochen. Diese sollen die veränderten weltwirtschaftlichen Konstellationen besser abbilden. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Schwäche konnte Indien seinen Einfluss in der Weltbank und im IWF aber nie in dem gewünschten Maß erhöhen. Indische Politiker schlugen deshalb neue Berechnungsmethoden vor, um ihrem Land mehr Einfluss im IWF zu verleihen. So forderte Finanzminister Chidambaram 2007, das Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten (Power Purchase Parity, PPP) als Grundlage für die Stimmrechtsverteilung zu nehmen, wodurch sich die Kräfteverhältnisse in den Bretton-Woods-Institutionen stärker zugunsten der Schwellenländer verschieben sollten.¹⁴

Die Notwendigkeit von Reformen der internationalen Finanzarchitektur wurde bereits mit dem Monterrey Consensus im März 2002 deutlich, doch begannen nachhaltige Veränderungen erst in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09. In der Weltbank wurden 2008 die fixen Sockelstimmrechte (»basic votes«) für alle Länder geringfügig aufgestockt und 2010 die darüber hinausgehenden Stimmrechtsanteile (»quota shares«) für aufstrebende Volkswirtschaften wie Indien zulasten europäischer Staaten angehoben.¹⁵ Die Reform erhöhte die Stimmrechte der Entwicklungsländer um 3,13 Prozent auf 47,19 Prozent. In-

¹³ Vgl. Government of India, Ministry of Finance, *Annual Report 2013–14, India*, Neu-Delhi 2014, S. 45f.

¹⁴ Vgl. »FM Calls for Reform of Bretton Woods Institutions«, in: *The Hindu*, 23.10.2007, <<http://news.webindia123.com/news/Articles/India/20071023/801969.html>> (Zugriff am 23.10.2007).

¹⁵ Vgl. Jakob Vestergaard, *The World Bank and the Emerging World Order. Adjusting to Multipolarity at the Second Decimal Point*, Kopenhagen: Danish Institute for International Studies (DIIS), 2001 (DIIS Report 2011:05), S. 7ff.

diens Stimmrechte vergrößerten sich von 2,77 Prozent auf 2,91 Prozent, so dass es vom elft- zum achtgrößten Anteilseigner der IBRD wurde (2013).¹⁶ Insgesamt hat die Reform jedoch verhältnismäßig wenig an der generellen Stimmverteilung korrigiert, denn es haben sich lediglich für 22 der 187 Mitgliedsländer die Stimmanteile um mehr als 0,1% verändert.¹⁷

Der IWF wurde mit der 14. General Review of Quotas 2010 ebenfalls leicht reformiert, ganz im Sinne der G20-Absprachen von Pittsburgh 2009. Dabei erhöhte Indien seine sogenannten Sonderziehungsrechte (»special drawing rights«, SDR) von 5,8 Milliarden auf 13,1 Milliarden SDR und wurde zum achtgrößten Anteilseigner des IWF mit einem Anteil von 2,75 Prozent (zuvor 2,44 Prozent). Die Veränderungen der Quoten in den Bretton-Woods-Institutionen wurden aber bis heute nicht umgesetzt, da der amerikanische Kongress seine Zustimmung hierzu verweigerte.¹⁸

Indiens Forderung, aus dem Exekutivdirektorium des IWF (»executive board«) ein vollständig wählbares Organ zu machen, blieb erfolglos, so dass die fünf »stärksten« Wirtschaftsmächte weiterhin automatisch in dem Gremium vertreten sind. Allerdings wurde die Überrepräsentation der Europäer gemindert, indem diese zwei Sitze an die sogenannten Emerging Market and Developing Countries (EMDCs) abgaben.¹⁹

G20

Im Zuge der globalen Währungs- und Finanzkrise 2008/09 kam es zu einer Aufwertung der G20. Die Gruppe war 1999 in Reaktion auf die Asienkrise als Forum der Finanzminister und Notenbankchefs der zwanzig größten Volkswirtschaften gegründet worden. Bei dem Gipfeltreffen 2008 in Washington trafen sich erstmals die jeweiligen Staats- und Regierungschefs, so dass die G20 seitdem als wichtigstes Gremium innerhalb der internationalen Wirtschafts- und

Finanzarchitektur gilt. Die G20-Staaten repräsentieren circa zwei Drittel der Weltbevölkerung, 90 Prozent des weltweiten BIP sowie rund 80 Prozent des globalen Handels.

Indien war von Beginn an ein Mitglied der G20 und hat die politische Aufwertung des Formats begrüßt.²⁰ Damit war Indien erstmals ein gleichberechtigter Partner in einer weltwirtschaftlich bedeutsamen Institution und erhielt damit einen Status, den es bis dahin in den internationalen Finanzinstitutionen nie hatte erreichen können. Nicht nur aus indischer Perspektive ist die G20 damit »das herausragende Forum der internationalen Kooperation in den wichtigsten Angelegenheiten der internationalen Wirtschafts- und Finanzagenda.«²¹

Im Rahmen der G20 geht es Indien vor allem darum, die Stabilität des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems sicherzustellen und so seine eigenen Wachstumsambitionen zu verfolgen.²² Diese Schwerpunktsetzung unterstreicht das neue indische Interesse an einer offenen, liberalen Weltordnung, die nach Auffassung Neu-Delhis Voraussetzung ist zur Durchsetzung der eigenen Entwicklungsziele.²³ Daneben verfolgt Indien in der G20 vor allem eine Entwicklungsagenda.²⁴ Im Vorfeld des G20-Gipfels 2013 in Sankt Petersburg sprach sich der indische Premierminister Manmohan Singh dafür aus, dass sich die G20 auf die Frage konzentrieren sollten, wie Infrastrukturinvestitionen und Beschäftigungsmöglichkeiten in den Entwicklungsländern gefördert werden könnten.²⁵

¹⁶ World Bank Group Finances, *IBRD Statement of Subscriptions to Capital Stock and Voting Power*, 2015, <<https://finances.worldbank.org/Shareholder-Equity/IBRD-Statement-of-Subscriptions-to-Capital-Stock-a/rcx4-r7xj>> (Zugriff am 23.2.2016).

¹⁷ Vgl. Vestergaard, *The World Bank and the Emerging World Order* [wie Fn. 15], S. 7ff.

¹⁸ Vgl. Dries Lesage/Peter Debaere/Sacha Dierckx/Mattias Vermeiren, »Rising Powers and IMF Governance Reform«, in: Dries Lesage/Thijs van de Graaf (Hg.), *Rising Powers and Multilateral Institutions*, Basingstoke 2015, S. 153–174.

¹⁹ Vgl. C. P. Chandrasekhar, »The G20 and the IMF«, in: *The Hindu*, 24.20.2010; Government of India, Ministry of Finance, *Annual Report 2012–13*, New Delhi 201, S. 35.

²⁰ Vgl. Siddharth Varadarajan, »India Pleased as G20 Summit Scales New Height«, in: *The Hindu*, 27.9.2009, <www.thehindu.com/todays-paper/india-pleased-as-g20-summit-scales-new-height/article192502.ece> (Zugriff am 28.9.2009).

²¹ »The Group of Twenty, or G20, is the premier forum for international cooperation on the most important aspects of the international economic and financial agenda«, Government of India, Ministry of External Affairs, *G20 Mexico Summit*, 12.5.2012, <www.mea.gov.in/in-focus-article.htm?19954/G20+Mexico+Summit> (Zugriff am 15.1.2016).

²² Ebd.

²³ Ministry of External Affairs, *G20 Mexico Summit* [wie Fn. 21].

²⁴ Ministry of External Affairs, *Annual Report 2011–12, India*, Neu-Delhi 2012, S. 122f.; vgl. Rajiv Kumar, *A Development Agenda for G-20: An Indian Perspective*, <<http://icrier.org/page.asp?MenuID=761&SubCatId=765>> (Zugriff am 26.2.2015).

²⁵ Vgl. »Manmohan Seeks Break with Developed World's Policies«, in: *The Hindu*, 4.9.2013, <www.thehindu.com/news/national/manmohan-seeks-break-with-developed-worlds-policies/article5092213.ece> (Zugriff am 4.9.2013).

BRICS

2001 identifizierte die amerikanische Investmentbank Goldman Sachs die Länder Brasilien, Russland, Indien und China (BRIC) als künftige Wachstumszentren und entwickelte entsprechende Finanzierungs- und Anlageinstrumente. Obwohl die Staaten unterschiedliche außen- und wirtschaftspolitische Ausrichtungen verfolgten, etablierten sie sich 2006 im Rahmen einer Generalversammlung der Vereinten Nationen als eine eigenständige Gruppierung. 2011 wurde Südafrika in die Gruppe aufgenommen, um auch eine angemessene Vertretung Afrikas zu erreichen. Die BRICS-Gruppe repräsentierte zum damaligen Zeitpunkt mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung mit einem Anteil von rund 20 Prozent am globalen Bruttoinlandsprodukt.²⁶

Zentraler Mechanismus der Zusammenarbeit sind die jährlichen Treffen der BRICS-Staaten auf Ebene nationaler Think-Tanks, auf Ministerebene aber auch auf Ebene der Staats- und Regierungschefs (Leaders Summit). Bei dem Gipfeltreffen 2013 im südafrikanischen Durban wurde die Einrichtung einer eigenen Entwicklungsbank, der New Development Bank, beschlossen, die beim folgenden Treffen in Fortaleza, Brasilien, 2014 formell ins Leben gerufen wurde. Bei ihrem 7. Gipfeltreffen im Juli 2015 im russischen Ufa vereinbarten die Mitglieder eine »Strategy for BRICS Economic Partnership«.

Unklar ist, ob die BRICS-Staaten, die die westliche Dominanz in vielen internationalen Institutionen kritisieren, mittel- bis langfristig eine eigene alternative internationale Ordnung etablieren wollen oder ob die von ihnen geplanten Einrichtungen wie eben die New Development Bank nur eine Ergänzung zu bereits bestehenden internationalen und regionalen Institutionen sein sollen. Innerhalb der BRICS scheint es hierüber keine klare Position zu geben.²⁷ Führende Vertreter Chinas und Russlands haben sich wiederholt für eine alternative, nicht-westlich geprägte internationale Ordnung ausgesprochen.²⁸ Allerdings wird im

Abschlussdokument des Gipfels von Ufa die Rolle der Vereinten Nationen (VN) an verschiedenen Stellen betont, was darauf schließen lässt, dass die BRICS ihre Institutionen eher als ergänzende Mechanismen zu bereits bestehenden Strukturen sehen.²⁹

Indien ist von allen fünf Staaten das mit Abstand wirtschaftlich schwächste Mitglied. China ist zwar der größte bilaterale Handelspartner Indiens, doch der Handel mit den anderen BRICS-Staaten spielt kaum eine Rolle.³⁰ Aufgrund ihrer unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur verfolgen die BRICS-Staaten sehr verschiedene außenwirtschaftliche Prioritäten. Indien ist beispielsweise darum bemüht, seine Kleinbauern zu schützen, die auf dem Weltmarkt kaum gegen die starke brasilianische Landwirtschaft bestehen könnten.³¹

New Development Bank

Angesichts der verschiedenen Bemühungen Indiens, eine stärkere, seinen politischen Ambitionen und seinem Selbstverständnis entsprechende Position in der internationalen Finanzarchitektur einzunehmen, die aber mit den ökonomischen Realitäten nicht in Einklang zu bringen war, erstaunt es nicht, dass die indischen Regierungen die Initiative zum Aufbau einer eigenen Entwicklungsbank im Rahmen der BRICS unterstützten.

Bei ihrem 6. Gipfeltreffen im Juli 2014 in Fortaleza beschlossen die BRICS-Staaten, eine solche Bank, die New Development Bank (NDB), und einen Währungsstabilisierungsfonds, das Contingency Reserve Arrangement (CRA), einzurichten. Die Entwicklungsbank hat zunächst ein genehmigtes Stammkapital von insgesamt 100 Milliarden US-Dollar, wobei jedes BRICS-Mitglied zunächst zehn Milliarden US-Dollar beisteuert. Die Einlagen sollen dann in Zukunft von 50 auf

²⁶ International Monetary Fund, *World Economic Outlook Database* (online), <www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/01/weodata/index.aspx> (Zugriff am 15.1.2016).

²⁷ Vgl. Benjamin Triebe, »Die Brics suchen eine Klammer«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 9.7.2015, <www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/die-brics-suchen-eine-klammer-1.18577347> (Zugriff am 15.1.2016).

²⁸ Vgl. Atul Aneja, »BRICS, SCO, EAEU Can Define New World Order: China, Russia«, in: *The Hindu*, 10.7.2015, <www.thehindu.com/news/international/brics-sco-eaeu-can-define-new-world-order-china-russia/article7407865.ece> (Zugriff am 10.7.2015).

²⁹ Vgl. Oliver Stuenkel, »The Ufa Declaration: An Analysis«, *Post-Western World* (online), 9.7.2015, <www.postwesternworld.com/2015/07/09/the-declaration-analysis/> (Zugriff am 16.7.2015).

³⁰ Vgl. Herbert Wulf/Tobias Deibel, »India's »Strategic Autonomy« and the Club Model of Global Governance: Why the Indian BRICS Engagement Warrants a Less Ambiguous Foreign Policy Doctrine«, in: *Strategic Analysis*, 39 (2015) 1, S. 33–34.

³¹ Vgl. Claudia Schmucker/Stormy-Annika Mildner, »Die BRICS-Staaten«, in: *Internationale Politik*, 3 (Mai/Juni) 2012, S. 70.

100 Milliarden Dollar erhöht werden.³² Weiteres Kapital kann auch von externen Akteuren hinzukommen, doch sollen die fünf Gründungsstaaten bei Entscheidungen ein Mehrheitsvotum behalten. Von dieser Regelung profitiert besonders Indien, das von allen BRICS-Staaten die schlechtesten sozio-ökonomischen Daten aufweist.

Das CRA bzw. der Währungsstabilisierungsfonds, der nach dem Vorbild des IWF gestaltet ist, soll ebenfalls mit 100 Milliarden US-Dollar ausgestattet werden. Bei der Finanzierung des CRA übernimmt China mit 41 Milliarden US-Dollar den größten Anteil. Brasilien, Russland und Indien steuern 18 Milliarden bei, Südafrikas Einlage beläuft sich auf 5 Milliarden.³³

Die NDB, die im Juli 2015 ihre Arbeit aufnahm, hat ihren Hauptsitz in Shanghai, China, ein erstes Regionalbüro wird in Johannesburg, Südafrika, entstehen. Das rotierende Amt des Präsidenten hat zunächst ein Inder übernommen, Vorsitzender des Board of Directors wird ein Brasilianer und Vorsitzender des Board of Governors ein Russe sein.³⁴ Durch die erste Präsidentschaft kann Indien zu Beginn die Ausgestaltung der Strukturen der Bank entscheidend beeinflussen.

Bislang gibt es kaum klare Vorstellungen darüber, welche Projekte gefördert und an welche Kriterien deren Finanzierung geknüpft werden sollen. In der Gründungsvereinbarung wird lediglich von der Unterstützung von Infrastrukturprojekten und von Projekten zur nachhaltigen Entwicklung in den BRICS-Mit-

gliedsländern und anderen Schwellen- und Entwicklungsländern gesprochen.³⁵ Die finanzielle Ausstattung der beiden neuen Institutionen NDB und CRA ist im Vergleich zu Weltbank und IWF bescheiden. Schätzungen zufolge wird die NDB den Mitgliedstaaten vorerst jährlich nur rund 3,4 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen können, wohingegen die Weltbank 2014 voraussichtlich Kredite in Höhe von mehr als 60 Milliarden Dollar vergeben wird. Auch der IWF verfügt mit seinen 950 Milliarden Dollar im Vergleich zum CRA mit seinen Währungsreserven von 100 Milliarden Dollar über das fast zehnfache Kapital. Ende Februar 2015 erfüllte die indische Regierung ihre Finanzzusagen und stellte die vereinbarten Mittel für die NDB und das CRA bereit.³⁶

Anlässlich der Gründung der NDB wurde viel darüber spekuliert, ob und inwieweit damit alternative Finanzstrukturen geschaffen würden.³⁷ Hervorzuheben ist, dass die NDB die erste Einrichtung ihrer Art ist, die ausschließlich von Schwellenländern gegründet wurde. In der indischen Diskussion wird die NDB nicht als Alternative, sondern eher als Ergänzung zu den bereits bestehenden Finanzinstitutionen verstanden.³⁸

Bei einem Expertenworkshop der BRICS im Juni 2015 wurde die NDB ebenfalls nicht als konkurrierende, sondern vor allem als komplementäre Institution zu der bestehenden multilateralen Finanzarchitektur angesprochen. Neben der Projektfinanzierung soll es ein weiteres Ziel der NDB sein, die Kluft zwischen dem Diskurs über Entwicklungsfinanzierung und dem Verlauf des Reformprozesses innerhalb der internationalen Finanzarchitektur zu schließen. Die beteiligten Staaten wollen die NDB schließlich auch zum Austausch gewonnener Erkenntnisse in Sachen Entwicklungsfinanzierung nutzen. Dazu soll sich die Bank auch um Inputs des Privatsektors und der Zivilgesellschaft bemühen.³⁹

32 »Brics Countries Launch New Development Bank«, in: *Bridges Weekly*, 18 (2014) 26, <www.ictsd.org/sites/default/files/review/bridgesweekly18-26.pdf>; »Brics-Staaten gründen eigene Entwicklungsbank«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16.7.2014, <www.sueddeutsche.de/wirtschaft/weltbank-konkurrent-brics-staaten-gruenden-eigene-entwicklungsbank-1.2048843> (Zugriff jeweils am 15.1.2016).

33 Vgl. Ministry of External Relations of Brazil, *Agreement on the New Development Bank – Fortaleza, July 15*, Juli 2014, <<http://brics6.itamaraty.gov.br/media2/press-releases/219-agreement-on-the-new-development-bank-fortaleza-july-15>>; Ministry of External Relations, *Treaty for the Establishment of a BRICS Contingent Reserve Arrangement – Fortaleza, July 15*, Juli 2014, <<http://brics6.itamaraty.gov.br/media2/press-releases/220-treaty-for-the-establishment-of-a-brics-contingent-reserve-arrangement-fortaleza-july-15>> (Zugriff jeweils am 18.1.2016).

34 Vgl. »BRICS Development Bank Launched, First President to Be from India«, in: *Times of India*, 16.7.2014, <<http://timesofindia.indiatimes.com/business/international-business/BRICS-Development-Bank-launched-first-president-to-be-from-India/articleshow/38440605.cms>> (Zugriff am 16.7.2014); Jeffrey T. Lewis/Paulo Trevisani, »Brics Agree to Base Development Bank in Shanghai«, in: *The Wall Street Journal*, 15.7.2014, <www.wsj.com/articles/brics-agree-to-base-development-bank-in-shanghai-1405453660> (Zugriff am 15.7.2014).

35 Vgl. Ministry of External Relations of Brazil, *Agreement on the New Development Bank* [wie Fn. 33].

36 Vgl. »India Follows Russia, Ratifies \$100 bn BRICS Bank«, in: *The BRICS Post*, 26.2.2015, <<http://thebricspost.com/india-follows-russia-ratifies-100-bn-brics-bank/#.VO78c3yUde>> (Zugriff am 26.2.2015).

37 Vgl. Acharya, »Move Over, Big Brother« [wie Fn. 9].

38 Vgl. »BRICS Bank not Aimed at Challenging IMF, WB: Rajan«, *The Hindu*, 7.9.2014 <www.thehindu.com/news/national/brics-bank-not-aimed-at-challenging-imf-wb-rajn/article6388363.ece> (Zugriff am 7.9.2014); Interview Neu-Delhi, 25.2.2015.

39 Vgl. Lydia Powell, *The New Development Bank: Identifying Strategic and Operational Priorities*, Neu-Delhi: Observer Research Foundation (ORF)/National Institute of Public Finance and Policy, August 2015 (ORF Policy Brief, Nr. 17).

Gegen die Interpretation, es handele sich um alternative Institutionen, sprechen auch die außenpolitischen Gegensätze, die es innerhalb der BRICS gibt. Indien teilt zwar aufgrund seiner langen Tradition in der Blockfreien-Bewegung gerne eine anti-westliche Rhetorik auf der internationalen Bühne, doch haben sich zum Beispiel die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu den USA seit der Liberalisierung 1991 deutlich verbessert. Premierminister Modi und Präsident Obama trafen sich im Oktober 2014 und im Januar 2015 zwei Mal innerhalb von vier Monaten und vereinbarten einen weiteren Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen Indien und den USA. Im Regionalkonflikt im Südchinesischen Meer hat sich die indische Regierung an der Seite Washingtons klar gegen die chinesischen Territorialansprüche positioniert.⁴⁰ Im Ukraine Konflikt folgt Neu-Delhi hingegen weitgehend der russischen Interpretation der Ereignisse.

Die NDB ist damit zumindest für Indien ein geeignetes Werkzeug, um erstens auf nationaler Ebene großangelegte Infrastrukturprojekte zu finanzieren und um zweitens international seine Unabhängigkeit und Eigenständigkeit gegenüber den westlich dominierten Finanzinstitutionen zu demonstrieren.

⁴⁰ Vgl. Suhasini Haidar, »Vision Statement on Asia-Pacific, Indian Ocean«, in: *The Hindu*, 26.1.2015, <www.thehindu.com/news/national/vision-statement-on-asiapacific-indian-ocean/article6822121.ece?topicpage=true&topicId=1839> (Zugriff am 26.1.2015).

Wirtschaft

Mit der wirtschaftlichen Liberalisierung vollzog Indien 1991 einen grundlegenden Kurswechsel weg von der binnenorientierten Importsubstitutionspolitik der gemischten Wirtschaftspolitik (mixed economy) hin zu einer Politik der Weltmarktintegration durch ausländische Direktinvestitionen, Technologietransfer und Exportförderung. Innenpolitisch hat sich seitdem ein parteiübergreifender Konsens über die Fortsetzung der Liberalisierung herausgebildet, dem die Kongresspartei, die BJP und die Allianz der Regionalparteien während ihrer Regierungszeiten weitgehend treu geblieben sind. Allerdings muss jede Regierung einen Kompromiss zwischen den widerstreitenden Zielen unterschiedlicher Interessen- und Lobbygruppen finden, wenn sie beispielsweise den Zugang ausländischer Direktinvestitionen in einzelnen Bereichen verbessern will. So erhöhte die neue BJP-Regierung von Premierminister Modi 2014 zwar die Quoten für eine ausländische Beteiligung im Versicherungs- und Verteidigungsbereich, doch stehen große Teile ihrer Wählerschaft etwa der Öffnung des Einzelhandels für ausländische Firmen weiterhin ablehnend gegenüber.

Die indische Regierung vollzog 1995 unter beträchtlichen innenpolitischen Protesten den Übergang vom GATT zur neugegründeten WTO mit. Die Interessen der Regierung richten sich seitdem auf den Schutz der heimischen Landwirtschaft und der noch schwach entwickelten Industriezweige.⁴¹ So liegt der angewendete Durchschnittszoll bei Industriegütern bei 10,2 Prozent, bei Agrargütern hingegen bei 33,5 Prozent.⁴² Der Anteil der Landwirtschaft am BIP sinkt zwar seit Jahren (2001: 23,2%; 2010: 18,9%⁴³), doch ist sie weiterhin der wichtigste Beschäftigungssektor. 2012 waren noch immer 47 Prozent der Beschäftigten in der Landwirt-

schaft tätig.⁴⁴ Zudem leben noch immer rund 70 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Regionen.

Die WTO ist vermutlich eine der wichtigsten Organisationen im Bereich der Global Governance, in denen Indien über die Jahre hinweg seine Verhandlungsposition und seinen internationalen Einfluss ausbauen konnte. Indien hat sich durch wachsende Expertise und Investitionen in Personal und Kapazitäten zu einem der wichtigsten Gegenspieler der westlichen Industriestaaten in der WTO entwickelt. Von Bedeutung war dabei auch die Allianz mit Brasilien, obwohl beide Länder sehr unterschiedliche Interessen und Strategien im Bereich der Landwirtschaft verfolgen. Beide Staaten gelten seit dem Treffen in Cancún 2003 als Sprecher der Entwicklungsländer. Mittlerweile hat sich auch China diesem Bündnis angeschlossen.⁴⁵ So scheiterte 2008 die Doha-Verhandlungsrunde am Streit über die Landwirtschaft vor allem am Widerstand Indiens und Chinas. Bei der letzten Doha-Runde in Bali im Dezember 2013 verständigten sich die Staaten auf die Verabschiedung des »Bali Package«. Dies umfasste administrative Handelserleichterungen (Trade Facilitation Agreement, TFA), einen verbesserten Marktzugang für Entwicklungsländer und Regeln für Ernährungssicherungsprogramme. Das TFA soll sowohl Entwicklungs- als auch entwickelten Ländern einen größeren Zugang zum jeweils anderen Markt gewähren, vor allem durch den Abbau bürokratischer Marktzugangsbarrieren. Auf die weltweite Ernährungssicherheit hingegen könnte das Abkommen negative Auswirkungen haben, da aufgrund veralteter Preisschwellenwerte Subventionsprogramme zur Hungerbekämpfung als marktverzerrend eingestuft werden und damit gegen das TFA verstoßen könnten.⁴⁶

⁴¹ Gareth Price, *For the Global Good, India's Developing International Role*, London: Chatham House, Mai 2011, S. 13f.

⁴² Vgl. World Trade Organization, *Statistics Database, Tariffs Profiles: India* (online), <http://stat.wto.org/TariffProfiles/IN_e.htm> (Zugriff am 31.8.2015).

⁴³ The World Bank, *World Data Bank*, 2012, <http://databank.worldbank.org/ddp/editReport?REQUEST_SOURCE=search&CNO=2&country=IND&series=&period=> (Zugriff am 11.5.2012).

⁴⁴ Vgl. The World Bank, *Data: Employment in Agriculture (% of total employment)*, <<http://data.worldbank.org/indicator/SL.AGR.EMPL.ZS>> (Zugriff am 17.3.2015).

⁴⁵ Kristen Hopewell, »Different Paths to Power: The Rise of Brazil, India and China at the World Trade Organization«, in: *Review of International Political Economy*, 22 (2015) 2, S. 311–338.

⁴⁶ Andreas Behn, »Beharren Indiens auf Ernährungssicherheit gefährdet WTO-Abkommen«, *Brot für die Welt* (online), 5.12.2013, <<https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/beharren-indiens-auf-ernaehrungssicherheit>> (Zugriff am 29.2.2016).

2013 hatte die Regierung der United Progressive Alliance (UPA) unter der Führung der Kongresspartei das Gesetz zum Recht auf Nahrung verabschiedet, durch das etwa 70 Prozent der indischen Bevölkerung einen Anspruch auf Nahrungsmittelsubventionen erhielten. Das neue Gesetz betraf 75 Prozent der ländlichen und 50 Prozent der städtischen Haushalte.⁴⁷ Aufgrund des außerordentlich großen Wirkungsbereichs der Gesetzgebung, von der rund 800 Millionen Menschen profitieren, verweigerte die indische Regierung zunächst ihre Zustimmung zum »Bali Package«. Erst nachdem sie in getrennten Verhandlungen mit den USA dauerhafte Ausnahmeregelungen für ihre Ernährungssicherungsprogramme erzielt hatte, stimmte sie den Vereinbarungen im November 2014 zu.⁴⁸ Premierminister Modi machte deutlich, dass die Nahrungssicherheit und die Interessen der Armen und Kleinbauern nicht zugunsten eines Handelsabkommens »geopfert« werden könnten.⁴⁹

Wie alle anderen Staaten, so nutzt auch Indien die Institutionen der WTO, um seine Interessen zu wahren. So initiierte Neu-Delhi bereits 20 Streitbeilegungsklagen (Dispute Settlement Complaints), von denen 15 Industrieländer betrafen.⁵⁰ Von diesen 15 Beschwerden kam es letztlich in 11 Fällen zur Verhandlung, ebenso viele, wie Industrieländer gegen Indien durchsetzen konnten. Bis 2012 verlor Indien nur ein Verfahren und konnte die übrigen gewinnen bzw. eine einvernehmliche Einigung erzielen. Indien gelingt es dabei gemeinsam mit anderen Entwicklungsländern gemessen an seinem Anteil an der Weltwirtschaft überproportional oft, Streitschlichtungsverfahren ins Rollen zu bringen.⁵¹ Außerdem nutzt Indien die WTO zunehmend im Rahmen von Antidumpingverfahren: »Im Verlauf eines Jahrzehnts sind China und Indien, die selbst lange Zeit Ziel von Antidumpingsanktionen

waren, sehr schnell zu treibenden Kräften von Antidumpingmaßnahmen geworden.«⁵² China und Indien bringen mittlerweile gemeinsam mehr Antidumpingklagen vor, als die USA und die EU zusammen.

⁴⁷ Vgl. Michael Radunski, »Essen für alle«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.8.2013, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/asien/indien-essen-fuer-alle-12540112.html> (Zugriff am 23.8.2013).

⁴⁸ Vgl. Puja Mehra, »India-U.S. Deal Paves the Way for Global Trade Pact«, in: *The Hindu*, 13.11.2014, <www.thehindu.com/news/national/us-resolve-impasse-over-food-security-issues-at-wto/article6594065.ece> (Zugriff am 23.2.2016).

⁴⁹ Vgl. »India not Blocking Rule-based Global Trade: Narendra Modi«, in: *The Hindu*, 9.9.2014, <www.thehindu.com/news/national/india-not-blocking-rulebased-global-trade-narendra-modi/article6394311.ece> (Zugriff am 9.9.2014).

⁵⁰ Anwarul Hoda, *Dispute Settlement in the WTO, Developing Countries and India*, Neu-Delhi, April 2012 (ICRIER Policy Series, Nr. 15), S. 18.

⁵¹ Ebd., S. 22.

⁵² »Over the course of a decade, China and India – two long-standing targets of antidumping sanctions – have rapidly emerged as antidumping powerhouses«, Mark Wu, »Antidumping in Asia's Emerging Giants«, in: *Harvard International Law Journal*, 53 (2012) 1, S. 72f.

Sicherheit

Die Vereinten Nationen

Indiens Haltung in sicherheitspolitischen Fragen wird von den Prinzipien der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten bestimmt. Die Vereinten Nationen (VN) sind deshalb für Indien die wichtigste internationale Organisation für Sicherheitsfragen. Indien war zwar 1945 Gründungsmitglied der VN, konnte jedoch zum damaligen Zeitpunkt als britische Kolonie nicht ständiges Mitglied im Sicherheitsrat (SR) werden. 1955 erhielt Indien von den USA und der Sowjetunion das Angebot für einen ständigen Sitz. Premierminister Nehru lehnte dies jedoch ab und schlug stattdessen vor, der Volksrepublik China diesen Sitz zu gewähren.⁵³ Indien setzte auch große Hoffnungen auf die neue internationale Organisation. So brachte Nehru im Dezember 1947 den Streit mit Pakistan über Kaschmir, das im Oktober 1947 nach der Infiltration pakistanischer Kämpfer der Indischen Union beigetreten war, vor die VN. Das Vorhaben endete allerdings mit einem diplomatischen Fiasko: Anstatt die pakistanische Aggression in Kaschmir zu verurteilen, forderten die Resolutionen unter anderem ein Referendum über die endgültige Zugehörigkeit des Gebiets, so dass der formale Beitritt des Königreichs zur Indischen Union in Frage gestellt wurde.

Aufgrund des eigenen Großmachtverständnisses bzw. des Wunsches, international eine wichtige Rolle einzunehmen, fordern indische Politiker seit vielen Jahren einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat (SR) der VN. Sie kritisieren, dass die gegenwärtige Zusammensetzung des SR die geopolitischen Konstellationen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nicht aber die Veränderungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts widerspiegle. Indien verstehe deshalb seine ständige Mitgliedschaft im SR auch als einen Beitrag zur »Demokratisierung« des höchsten VN-Gremiums.⁵⁴ Indische

Regierungen verweisen dabei unter anderem auf die Errungenschaften der indischen Demokratie bei der Gewährleistung von Diversität und Pluralismus sowie auf die aktive Unterstützung der VN seit 1945. Zudem betonen sie die globale Verantwortung, die das Land seit vielen Jahren übernimmt, zum Beispiel durch das langjährige und umfangreiche Engagement bei Blauhelmeinsätzen. Indien führt zusammen mit Bangladesch und Pakistan seit vielen Jahren die Liste der Staaten an, die Soldaten für solche Einsätze entsenden. 2014 war Indien mit 8123 Personen in 12 Missionen der zweitgrößte Truppensteller der VN und darunter auch Entsender der ersten ausschließlich weiblichen Polizeieinheit der VN.⁵⁵ Die Bereitschaft Indiens, international Verantwortung zu übernehmen, zeigte sich auch darin, dass das Land bis 2007 die höchste Zahl an getöteten Blauhelmsoldaten zu verzeichnen hatte.⁵⁶

Premierminister Modi erhob im Juni 2015 erneut die Forderung nach einem ständigen Sitz im SR und begründete dies mit der Größe des Landes und der überholten Machtverteilung in dem Gremium, die nicht mehr die Realitäten des 21. Jahrhunderts widerspiegele.⁵⁷ Seit 2005 bemühen sich Brasilien, Deutschland, Indien und Japan im Rahmen der G4 um eine Reform der VN und um eine Erweiterung des Sicherheitsrats um sechs ständige Mitglieder. Trotz seines großen Engagements in der VN konnte Indien bisher aber nur bedingt auf den Rückhalt der internationalen Gemeinschaft bzw. der Entwicklungsländer zählen. So kandidierte Indien bislang insgesamt 18 Mal für einen nicht-ständigen Sitz im SR, erhielt aber nur in sieben

⁵³ Vgl. Emily Wax/Rama Lakshmi, »Obama Supports Adding India as a Permanent Member of U.N. Security Council«, in: *The Washington Post*, 8.11.2010, <www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/11/08/AR2010110800495_pf.html> (Zugriff am 18.1.2016).

⁵⁴ »Security Council Does not Reflect Realities of the World: Shivraj Patil«, in: *The Hindu*, 2.7.2004; »Demand for Security Council Membership Legitimate: Natwar«, in: *The Hindu*, 4.3.2005.

⁵⁵ Vgl. Permanent Mission of India to the UN, *India and United Nations: Peacekeeping and Peacebuilding*, <www.pminewyork.org/pages.php?id=1985> (Zugriff am 8.7.2015).

⁵⁶ Vgl. Ramesh Thakur, »India and the United Nations«, in: *The Hindu*, 15.8.2007, <www.cigionline.org/articles/2007/08/india-and-united-nations> (Zugriff am 23.2.2016).

⁵⁷ Vgl. »India Deserves UNSC Permanent Membership, Says PM Narendra Modi«, in: *The Economic Times*, 8.6.2015, <<http://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/india-deserves-unscon-permanent-membership-says-pm-narendra-modi/articleshow/47578554.cms?prtpage=1>> (Zugriff am 18.1.2016).

Fällen die dafür nötige Mehrheit.⁵⁸ Einer der Gründe dafür ist, dass Indien zum Beispiel im Unterschied zu afrikanischen Staaten nicht auf die Unterstützung durch eine große Regionalorganisation bei den Wahlen zu dem Gremium bauen kann. Zuletzt wurde Indien 2010 nach 20-jähriger Abstinenz mit großer Mehrheit – 187 von 192 Stimmen – erneut in den SR gewählt. Indien profitierte dabei unter anderem davon, dass kein weiteres asiatisches Land kandidierte und dass es sowohl von China als auch von Pakistan unterstützt wurde, obwohl es mit beiden Staaten eine Reihe von Konflikten gibt.⁵⁹

Zu den Schwerpunkten der indischen Amtszeit im SR zählten die Reform des Sicherheitsrats, die Blauhelmeinsätze und der Kampf gegen den Terrorismus.⁶⁰ Indien leitete den Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus und hatte den Vorsitz im Ad-hoc-Ausschuss zur Erarbeitung von Maßnahmen zur Beseitigung des Terrorismus inne. Zudem wurde Indien unter anderem in den Menschenrechtsrat, den Wirtschafts- und Sozialrat und in den Ausschuss zur Eliminierung rassistischer Diskriminierung gewählt. Darüber hinaus erhielt das Land nach über 35 Jahren zum ersten Mal wieder einen Sitz in der Gemeinsamen Inspektionsgruppe, die eine bessere Abstimmung und Evaluierung der Aktivitäten der VN erreichen soll.⁶¹

Des Weiteren hatte Indien während der zwei Jahre im August 2011 und im November 2012 den Vorsitz im SR inne.⁶² Der Ausschuss gegen Terrorismus verabschiedete unter indischer Leitung ein Dokument, in dem die Mitgliedstaaten der VN aufgerufen wurden, eine Null-Toleranz-Politik gegenüber dem Terrorismus zu verfolgen, unter anderem dadurch, dass Terroristen

keine sicheren Zufluchtsorte zugestanden und gerichtlich verfolgt werden.⁶³

Zahlreiche Blauhelmeinsätze befinden sich in der Krise, da es den VN an militärischen, politischen und finanziellen Mitteln fehlt, um dauerhafte Konfliktlösungen zu erreichen. Zudem erstrecken sich eine Reihe von VN-Missionen wie in Haiti und Elfenbeinküste aufgrund schwieriger innenpolitischer Konstellationen über einen deutlich längeren Zeitraum als ursprünglich geplant, was zusätzliche Kosten verursacht. Allerdings lieferten die indischen Vorschläge während des ersten Vorsitzes keine neuen Ansätze, um die langfristigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Probleme und Herausforderungen der VN-Missionen zu bewältigen.⁶⁴

Zu den ständigen und nicht-ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats zählten im Zeitraum 2011/12 sowohl die Staaten der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) als auch des IBSA-Dialogforums (Indien, Brasilien, Südafrika). Allerdings verhielten sich die genannten Staaten bei den Abstimmungen über Resolutionen zu den Krisen in Libyen und Syrien nicht einheitlich, sondern folgten ihren jeweiligen außenpolitischen Interessen. So stimmte Südafrika mit einer Reihe westlicher Staaten für eine Intervention in Libyen. In der Syrien-Resolution im Oktober 2011 enthielten sich die drei IBSA-Staaten gemeinsam der Stimme. Westliche Kritiker sahen in diesem Verhalten ein Argument gegen eine Erweiterung des SR. Es zeige nämlich, dass eine Erhöhung der Zahl ständiger Mitglieder eher zu einer Paralyse und nicht zu schnelleren Entscheidungen führen würde.⁶⁵ Indien blieb in beiden Fällen seinen außenpolitischen Prinzipien treu und wandte sich gegen jegliche Form der äußeren Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

In seinem Abstimmungsverhalten war Indien immer bemüht, Teil der demokratischen Mehrheit in den VN zu sein. Bei Interessenkonflikten hat das Land aber nie gegen Resolutionen gestimmt, sondern sich stattdessen enthalten, um auf diese Weise seine Vor-

58 Vgl. Saurabh Mishra, »India amidst Increased Activity in the Security Council: A Few Observations«, in: *Strategic Analysis*, 36 (2012) 2, S. 199.

59 Vgl. »India in the Security Council«, in: *The Hindu*, 13.10.2010, <www.thehindu.com/opinion/editorial/india-in-the-security-council/article828742.ece> (Zugriff am 13.10.2010). Davor war Indien 1950/51, 1967/68, 1972/73, 1977/78, 1984/85 und 1991/92 nicht-ständiges Mitglied im SR.

60 Vgl. »India to Pitch for Comprehensive Reform of UNSC«, in: *The Hindu*, 23.9.2011, <www.thehindu.com/news/national/india-to-pitch-for-comprehensive-reform-of-unsc/article2478833.ece> (Zugriff am 18.1.2016).

61 Vgl. Keerthi Sampath Kumar, *India's Past Year at the UN Security Council*, Neu-Delhi: The Institute for Defence Studies and Analyses (IDSA), 7.2.2012, S. 2 (IDSA Comments).

62 Vgl. »India to Be UNSC President Twice«, in: *The Hindu*, 3.1.2011, <www.thehindu.com/news/national/india-to-be-unsc-president-twice/article1026631.ece> (Zugriff am 3.1.2011).

63 Vgl. Kumar, *India's Past Year at the UN Security Council* [wie Fn. 61], S. 2.

64 Vgl. Richard Gowan, »Time to Get Serious about UN Peacekeeping's Problems«, *The Broad Mind* (online), 25.8.2011, <<http://broadmind.nationalinterest.in/2011/08/time-to-get-serious-about-un-peacekeeping%E2%80%99s-problems/>> (Zugriff am 18.1.2016).

65 Vgl. Richard Gowan, »Missed Opportunities«, in: *Pragati. The Indian National Interest Review*, 12.11.2011, <<http://pragati.nationalinterest.in/2011/11/missed-opportunities/>> (Zugriff am 18.1.2016).

behalte kundzutun.⁶⁶ Allein im Zeitraum 1991–1992 entschied sich Indien im Sicherheitsrat sechs Mal für diese Option, das heißt 50 Prozent aller indischen Enthaltungen in diesem Gremium entfielen auf diese Phase.⁶⁷ Grund dafür war Neu-Delhis Haltung zum Irak vor dem zweiten Golfkrieg. Die indische Regierung lehnte eine Verurteilung der irakischen Aggression gegenüber Kuwait und auch weitreichende VN-Sanktionen gegen das Regime von Saddam Hussain ab, der damals ein wichtiger Handelspartner Indiens war.⁶⁸

Der Nichtverbreitungsvertrag

In der Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen vertrat Indien lange Zeit eine widersprüchliche Haltung. Premierminister Nehru hatte sich in seiner Amtszeit (1947–1964) wiederholt gegen Atomwaffen ausgesprochen. Allerdings weigerte sich die indische Regierung unter Indira Gandhi, den 1970 in Kraft getretenen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) zu unterzeichnen. Indien hätte dem Vertrag nur als Nichtkernwaffenstaat beitreten können, da es bis zum 1. Januar 1967 keinen eigenen Atomtest durchgeführt hatte. Indien wollte sich diese Option jedoch offenhalten und führte 1974 seinen ersten Atomtest durch. In Reaktion hierauf gründeten die Industriestaaten den London Club, aus dem heraus sich die Nuclear Suppliers Group (NSG) entwickelte. Die beteiligten Staaten erließen eine Reihe von gemeinsamen Richtlinien mit dem Ziel, die Entwicklung eines eigenen Atomprogramms in Staaten wie Indien, die dem NVV nicht beigetreten waren, zu verlangsamen. Die indische Regierung kritisierte den NVV, weil er aus ihrer Sicht eine »nukleare Apartheid« zwischen den Staaten mit und ohne Atomwaffen (»Haves« and »Have-nots«) etabliert habe. Den zweiten indischen Atomtests im Mai 1998 folgte eine weitere Welle von Sanktionen und Einfuhrbeschrän-

kungen. Hochrangige Vertreter der BJP-Regierung wie Außenminister Jaswant Singh machten nach den Tests 1998 deutlich, dass sie zwar den Vertrag nicht unterzeichnen, sich aber zum Beispiel an dessen Non-Proliferation-Prinzipien halten wollten.⁶⁹

Der große Durchbruch erfolgte mit der indisch-amerikanischen Absichtserklärung zur zivil-nuklearen Zusammenarbeit, die von Präsident George W. Bush und Premierminister Manmohan Singh 2005 unterzeichnet wurde. Der entscheidende Schritt erfolgte im Herbst 2008, als die Mitglieder der NSG, darunter auch China, eine Ausnahmeregelung beschlossen, um den Transfer von Nukleartechnologie mit Indien wieder zu ermöglichen. Damit wurden unter anderem auch zivile Atomanlagen in Indien für Inspektionen durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) geöffnet.⁷⁰

Mit der neuen Zusammenarbeit verfolgte die amerikanische Regierung verschiedene Ziele: Auf globaler Ebene sollte die Einbindung Indiens das bestehende Non-Proliferations-Regime stärken, ein Effekt, der allerdings wegen der Ausnahmeregelungen, die Indien zugestanden worden waren, sehr kontrovers diskutiert wurde. Im regionalen Kontext sollte das Abkommen die strategische Partnerschaft zwischen beiden Staaten gegenüber dem gemeinsamen Rivalen China stärken. In bilateraler Hinsicht erhoffte sich Indien durch den Ausbau der Atomenergie eine Verbesserung seiner chronisch defizitären Energieversorgung. Vor dem Hintergrund der schon in die Wege geleiteten umfassenden Modernisierung der indischen Streitkräfte versprach sich die amerikanische Regierung durch das Abkommen, das die militärische Dimension des indischen Nuklearprogramms unangetastet ließ, auch einen besseren Zugang zum indischen Rüstungsmarkt, der bis dahin vor allem von sowjetischer bzw. russischer Militärtechnologie dominiert wurde.

Bislang hat das Abkommen aber noch nicht den erhofften wirtschaftlichen Nutzen für Indien gebracht. Aufgrund der Erfahrungen nach dem Giftgasunglück in Bhopal 1984 veränderte das indische Parlament 2010 die Haftungsgesetzgebung, die seither nicht nur die Betreiber, sondern auch die Hersteller von Atomanlagen bei künftigen Unfällen in die Verantwortung nimmt. Trotz verschiedener Absichtserklärungen

⁶⁶ Vgl. Changavalli Siva Rama Murthy, *India as a Non-permanent Member of the UN Security Council in 2011–12*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011, S. 3.

⁶⁷ Vgl. C. S. R. Murthy, »UNSC: India's Membership and the Road Ahead«, in: *The Hindu*, 30.10.2010, <www.thehindu.com/opinion/op-ed/unsc-indias-membership-and-the-road-ahead/article857527.ece> (Zugriff am 18.1.2016).

⁶⁸ Zu den Fehlschlägen der indischen Diplomatie zählte unter anderem, dass sich die indische Regierung 1991 nicht in der Lage sah, die irakische Invasion gegenüber Kuwait zu verurteilen, vgl. Chinmaya R. Gharekhan, »When India Sits at the Horseshoe Table«, in: *The Hindu*, 22.12.2010, <www.thehindu.com/opinion/lead/when-india-sits-at-the-horseshoe-table/article968235.ece> (Zugriff am 18.1.2016).

⁶⁹ Vgl. Jaswant Singh, »Against Nuclear Apartheid«, in: *Foreign Affairs*, 77 (September–Oktober 1998) 5, S. 41–51.

⁷⁰ Vgl. Oliver Meier, »India, the Nuclear Suppliers Group and the Legitimacy of the Nuclear Non-Proliferation Regime«, in: Oliver Meier (Hg.), *Technology Transfers and Non-Proliferation. Between Control and Cooperation*, London/New York 2014, S. 116–133.

haben westliche Energiefirmen angesichts dieser gesetzlichen Rahmenbedingungen bislang noch nicht mit dem Bau neuer Atomanlagen in Indien begonnen.

Indien strebt auch eine Mitgliedschaft in den vier multilateralen Exportkontrollregimen, der Nuclear Suppliers Group (NSG), dem Missile Technology Control Regime (MTCR), der Australischen Gruppe und dem Wassenaar Arrangement an. Die USA unterstützen Indiens Mitgliedschaft in diesen Zusammenschlüssen. Allerdings verbinden sich damit eine Reihe von Problemen, da bislang zum Beispiel nur Staaten, die im NVV sind, auch Mitglied der NSG sind. China hat zwar ebenfalls seine Zustimmung zum Beitritt Indiens in die NSG signalisiert, knüpft diese aber an die gleichzeitige Aufnahme Pakistans.⁷¹ Dieser Vorschlag wiederum dürfte nicht im Interesse Indiens liegen und auch auf Vorbehalte der USA und anderer westlicher Staaten stoßen.

Terrorismus

Deutlich einfacher gestaltete sich die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus. Indien ist seit vielen Jahren mit unterschiedlichen Formen terroristischer Bedrohung durch islamistische, kommunistische und ethno-nationalistische Gruppen konfrontiert, die über regionale und internationale Netzwerke verfügen. Bereits 1996 ergriff Indien im Rahmen der Vereinten Nationen die Initiative, eine umfassende Konvention über den internationalen Terrorismus (Comprehensive Convention on International Terrorism, CCIT) zu verfassen.⁷² Indien hat deshalb alle Bemühungen der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen den Terrorismus nach 2001 unterstützt, wie zum Beispiel die von den VN 2006 verabschiedete globale Anti-Terrorismus-Strategie (Global Counter Terrorism Strategy), und beteiligt sich an 13 sektoralen VN-Konventionen gegen Terrorismus.⁷³ Indien räumt dem Kampf gegen diese Bedro-

hung auch in seinen verschiedenen strategischen Partnerschaftsabkommen einen sehr hohen Stellenwert ein.

Responsibility to Protect (R2P)

Bei der Reform der VN und der Erweiterung des Sicherheitsrats, bei der Einbindung in den NVV und beim Kampf gegen den Terrorismus haben Indien und Deutschland eine Reihe gemeinsamer Interessen. Größere Unterschiede zwischen der indischen und der deutschen oder europäischen Position ergeben sich bei der Frage der internationalen Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P). Indien vertritt hier, wie viele andere Entwicklungs- und Schwellenländer, das Prinzip der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Seine ablehnende Haltung gegenüber internationalen Interventionen in nationale Belange geht zurück auf die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (Panchsheel Doktrin), auf die sich Indien und China in ihrem Vertrag über Tibet 1954 geeinigt hatten. Diese betonten unter anderem die territoriale Integrität und Souveränität sowie die Norm der Nichteinmischung. Indiens kritische Haltung gegenüber dem R2P-Konzept überrascht, da das indische Eingreifen in den Bürgerkrieg in Ost-Pakistan 1971, das Neu-Delhi mit den Flüchtlingsströmen begründete, als eine der ersten humanitären Interventionen verstanden werden könnte. Allerdings waren aus indischer Perspektive nationale Interessen für diesen Schritt ausschlaggebend.⁷⁴

Indien betont zwar die Aufgabe des Staates, seine Bürger zu schützen, steht aber einer internationalen Intervention zur Durchsetzung dieser Verpflichtung skeptisch gegenüber. Dies zeigte sich unter anderem im Frühjahr 2009 in der Endphase des Bürgerkriegs in Sri Lanka. Indien forderte die srilankische Regierung damals mehrfach auf, den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, die in den militärischen Auseinandersetzungen zwischen die Kampffronten geraten war. Allerdings forderte Neu-Delhi keine internationale Intervention, da die indische Regierung gleichzeitig ein großes Interesse an der militärischen Niederlage der tamilischen Liberation Tigers of Tamil

⁷¹ Vgl. »China Calls for Talks among NSG Members to Admit India, Others«, in: *The Indian Express*, 25.12.2015, <<http://indianexpress.com/article/india/india-others/china-calls-for-talks-among-nsg-members-to-admit-india-others>> (Zugriff am 25.12.2015).

⁷² Vgl. Government of India, Ministry of External Affairs, *India and the United Nations*, <www.mea.gov.in/india-and-the-united-nations.htm> (Zugriff am 8.7.2015).

⁷³ Vgl. Permanent Mission of India to the UN, *India and United Nations: Counter-Terrorism*, <<https://www.pminewyork.org/pages.php?id=1987>> (Zugriff am 8.7.2015).

⁷⁴ Vgl. Arvind Gupta, »Mind the R2P. The Libyan Intervention Necessitates a Debate on Responsibility to Protect«, in: *The Indian Express*, 22.4.2011 <<http://indianexpress.com/article/opinion/columns/mind-the-r2p/99/>> (Zugriff am 8.7.2015).

Eelam (LTTE) hatte. Laut dem Bericht des Generalsekretärs der VN kamen allein in den letzten Monaten des Bürgerkriegs im Frühjahr 2009 mehrere Zehntausend Zivilisten ums Leben.⁷⁵

In der VN-Diskussion über den Schutz der Zivilbevölkerung erläuterte der indische Botschafter Hardeep Puri im November 2009 die generellen Vorbehalte seiner Regierung gegenüber dem von westlichen Staaten debattierten Konzept: »Aus unserer Sicht stellen einige Mitgliedsstaaten allzu bereitwillig Ressourcen für einen Regimewechsel im Namen des Schutzes der Zivilbevölkerung bereit.«⁷⁶

Trotz der prinzipiellen Ablehnung einer internationalen Einmischung stimmte Indien im März 2012 im Menschenrechtsrat der VN erstmals für eine von den USA eingebrachte Resolution, die die Kriegsverbrechen in Sri Lanka in der Endphase der militärischen Auseinandersetzungen zwischen der srilankischen Armee und der LTTE im Mai 2009 kritisierte. Ein Bericht des Generalsekretärs der VN hatte sowohl den srilankischen Streitkräften als auch der LTTE schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Die srilankische Regierung wies den Bericht jedoch zurück und war nicht bereit, mit internationalen Organisationen bei der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen zusammenzuarbeiten. Für Indien war Sri Lanka ein besonderer Fall, denn 1987 hatte die Regierung von Rajiv Gandhi zum ersten und einzigen Mal nur auf der Grundlage eines bilateralen Abkommens und ohne ein Mandat der VN eigene Truppen auf der Insel stationiert, um den Konflikt zwischen der singhalesischen Mehrheit und der tamilischen Minderheit beizulegen. Dieser Versuch endete jedoch in einem politischen und militärischen Desaster, so dass Indien im Frühjahr 1990 seine Truppen wieder abzog, nachdem die Regierung in Colombo von der ursprünglichen Vereinbarung abgerückt war und die indischen Truppen in Kämpfen mit der LTTE hohe Verluste erlitten hatten.⁷⁷

⁷⁵ Vgl. Dipankar Banerjee, »India and R2P: Reconciling the Tension between Intervention and State Sovereignty«, in: Hanns Seidel Foundation/Konrad Adenauer Stiftung/Institute for Security Studies/South African Institute of International Affairs, *The Responsibility to Protect – From Evasive to Reluctant Action? The Role of Global Middle Powers*, Johannesburg 2012, S. 97/98.

⁷⁶ »[W]e find several Member States all too willing to expend resources to effect regime change in the name of protection of civilians«, zitiert nach ebd., S. 98.

⁷⁷ Vgl. S. D. Muni, *Pangs of Proximity, India and Sri Lanka's Ethnic Crisis*, Neu-Delhi 1993.

Auf den militärischen Sieg über die LTTE 2009 folgte aber keine politische Lösung des Konflikts für die tamilische Minderheit. Die tamilischen Koalitionspartner in der UPA-Regierung von Manmohan Singh brachten das Problem daher wieder auf die außenpolitische Agenda. Das indische Abstimmungsverhalten im VN-Menschenrechtsrat ist deshalb von großer Bedeutung, weil Indien hier erstmals vom Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten abrückte.⁷⁸ Allerdings war dieses Abweichen von der früher verfolgten Linie der besonderen innenpolitischen Konstellation und den regionalpolitischen Interessen der tamilischen Koalitionspartner geschuldet, denn es führte zu keinem Wandel der indischen Position in der Frage der Schutzverantwortung (R2P).

Dies zeigte sich am Beispiel Libyens: Der dortige Bürgerkrieg war für Indien eine besondere politische und diplomatische Herausforderung. Beim Ausbruch der Kampfhandlungen hielten sich circa 3000 indische Staatsbürger in Libyen auf, die im Verlauf der Krise mit Flugzeugen und Schiffen in Sicherheit gebracht wurden.⁷⁹ Indien unterstützte in den VN Maßnahmen gegen das Gaddafi-Regime, wehrte sich jedoch gegen breit angelegte Sanktionen sowie gegen die Einrichtung einer Flugverbotszone.⁸⁰ Allerdings enthielt es sich zusammen mit China, Russland, Brasilien und Deutschland bei der Abstimmung über die Resolution 1973, durch die erstmals eine externe Intervention ohne die Zustimmung des betroffenen Staates möglich wurde.⁸¹ Es gab deshalb in Indien viel Kritik an der Durchsetzung der Flugverbotszone in Libyen durch die beteiligten Nato-Staaten, denen zum Teil eine neue »Kanonenbootpolitik« vorgeworfen wurde. In Bezug auf Syrien vertrat Indien eine ähnliche Haltung und wandte sich gegen alle Versuche, vor allem seitens westlicher Staaten, weitreichende Sanktionen gegen das Assad-Regime zu verhängen.⁸²

⁷⁸ Vgl. »India Votes for Resolution against Sri Lanka«, in: *The Hindu*, 23.3.2012.

⁷⁹ Vgl. Sandeep Dikshit, »Plans under Way to Ensure Indians' Safety in Libya«, in: *The Hindu*, 22.2.2011.

⁸⁰ Vgl. ders., »India Opposed to 'No-fly Zone', Use of Force against Libya«, in: *The Hindu*, 3.3.2011; ders., »Indian Team at UNSC Asked to Oppose Imposition of General Sanctions«, in: *The Hindu*, 4.3.2011.

⁸¹ Vgl. im Folgenden Garima Mohan, »India and the Responsibility to Protect«, in: *AP R2P Brief*, 4 (2014) 3, S. 5, <www.r2pasiapacific.org/docs/R2P%20Ideas%20in%20Brief%20India%20and%20R2P%20Vol%204%20No%203.pdf> (Zugriff am 18.1.2016).

⁸² Vgl. Kumar, *India's Past Year at the UN Security Council* [wie Fn. 61], S. 1.

In den außenpolitischen Debatten in Neu-Delhi spielt der normative Aspekt des R2P-Konzepts im Vergleich zur Frage der Intervention nur eine untergeordnete Rolle.⁸³ Indien hat mehrfach die Erfahrung gemacht, dass humanitäre Fragen wie Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir immer wieder als Einfallstor für eine internationale Einmischung genutzt wurden. Aus diesem Grund tritt Indien auch nicht dem internationalen Strafgerichtshof bei, dessen Rechtsprechung es ebenfalls als Einmischung in die nationale Souveränität ablehnt.

⁸³ Vgl. Garima Mohan, »India and the Responsibility to Protect« [wie Fn. 81], S. 7.

Umweltschutz und Klimawandel

Aufgrund seiner demographischen Größe und seiner wirtschaftlichen Erfolge in den letzten Jahren zählt Indien mittlerweile zu den größten Emittenten von CO₂. Nach China und den USA ist es inzwischen der drittgrößte Emittent von Treibhausgasen. In indischen Diskussionen über Umweltpolitik wird bis heute immer wieder auf eine Äußerung der früheren Premierministerin Indira Gandhi rekurriert. Sie hatte 1972 auf der ersten Weltumweltkonferenz der VN in Stockholm erklärt, dass Armut der größte Umweltverschmutzer sei. Seitdem hat die wirtschaftliche Entwicklung und die Armutsbekämpfung in der indischen Politik eine klare Priorität gegenüber ökologischen Fragen. Seit den 1990er Jahren gibt es eine zivilgesellschaftliche Debatte über nationale Umweltprobleme und die Folgen der Klimapolitik. Die Konsequenzen der Umweltverschmutzung in Indien und die intensivere internationale Diskussion veranlassten die Regierung unter Manmohan Singh 2008, einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels zu verabschieden.

Seit einigen Jahren gibt es von offizieller Seite verstärkte Bemühungen, Fragen des Wirtschaftswachstums um Aspekte von Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit zu erweitern.⁸⁴ Zudem werden mittlerweile auch in Indien die sozialen und ökonomischen Kosten von Umweltproblemen gesehen.⁸⁵ So erregte im Frühjahr 2015 eine Studie öffentliche Aufmerksamkeit, der zufolge die rasant zunehmende Luftverschmutzung in indischen Städten die Lebenserwartung von 660 Millionen Menschen in Indien, das heißt circa 50 Prozent der Bevölkerung, um drei Jahre verkürzt.⁸⁶

⁸⁴ Government of India, Planning Commission, *Faster, Sustainable and More Inclusive Growth*, Oktober 2011, <http://planningcommission.gov.in/plans/planrel/12appdrft/approach_12plan.pdf> (Zugriff am 18.1.2016).

⁸⁵ Vgl. Beatrice Gorawantschy/Benjamin Querner/Deepti Mahajan, »Indien«, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), *Klimareport 2011*, Sankt Augustin/Berlin 2011, S. 122–127, <www.kas.de/upload/dokumente/2011/11/klimareport2011/klimareport2011_asien.pdf> (Zugriff am 29.5.2012).

⁸⁶ Vgl. Mayank Aggarwal, »Air Pollution in India Cutting 660 Million Lives Short by 3 Years«, *Mint* (online), 21.2.2015, <www.livemint.com/Politics/ILrXlGTwTIQZ8DfydLSiQJ/Air-pollution-in-India-cutting-660-million-lives-short-by-3.html?utm_source=copy> (Zugriff am 21.2.2015).

Die wachsenden Umweltprobleme haben bislang jedoch zu keiner nennenswerten Veränderung der indischen Haltung bei internationalen Verhandlungsrunden geführt.

Auch im Umweltbereich kommen die parteiübergreifenden Vorbehalte gegen eine äußere Einmischung in innere Angelegenheiten durch international bindende Vereinbarungen zum Tragen. Im globalen Kontext gilt Indien deshalb als »Land, das nicht Ja sagen kann«, was seit vielen Jahren auch bei umwelt- und klimapolitischen Verhandlungen zu beobachten ist. Indien ist ein entschiedener Vertreter des Prinzips der »Gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und entsprechenden Handlungsfähigkeiten« (Common but differentiated responsibilities and respective capacities, CBDR-RC) der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC).⁸⁷ Das Prinzip besagt, dass die Lasten der Klimapolitik differenziert und entlang der jeweiligen Kapazitäten verteilt werden sollen. Kenngrößen hierfür sind die Pro-Kopf-Emissionen, der historische Anteil am Ausstoß von Treibhausgasen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Daraus ergibt sich aus indischer Sicht eine besondere Verantwortung der Industrieländer für den Klimaschutz. Vor allem diese stünden in der Haftung für den gegenwärtigen Zustand des globalen Klimas und der Umwelt. Laut indischen Untersuchungen gehen bislang nur 2,3 Prozent der gesamten akkumulierten Treibhausgasemissionen auf das Konto des Subkontinents, auf das der Industriestaaten hingegen rund 75 Prozent.⁸⁸ Diese sollen demnach voranschreiten und den Entwicklungsländern wie Indien die gleichen Entwicklungschancen ermöglichen.

⁸⁷ Vgl. Aaron Atteridge, *Shifting Sands: India's New Approach to the Politics of Climate Change*, Stockholm: Stockholm Environment Institute, 2010 (SEI Policy Brief); C. Dasgupta, *Climate Change – An Indian Perspective. Report for the 12th EU-India Round Table on Climate Change – Indian Contribution*, <www.docstoc.com/docs/19467947/Climate-Change-An-Indian-Perspective> (Zugriff am 5.11.2012).

⁸⁸ Vgl. Diarmuid Torney, *Assessing EU Leadership on Climate Change. The Limits of Diffusion in EU Relations with China and India*, Berlin, Freie Universität, Kolleg-Forscherguppe »The Transformative Power of Europe«, September 2012 (KFG Working Paper Series, Nr. 46), S. 20.

Indien hat durchaus eine Reihe klimapolitischer Vorschläge gemacht. So verkündete Premierminister Manmohan Singh 2007 das nach ihm benannte Singh Convergence Principle (SCP), dem zufolge der indische CO₂-Ausstoß pro Kopf nie höher sein sollte als derjenige der Industriestaaten.⁸⁹ Dies erweckte allerdings den Anschein, dass sich die indische Mittelschicht, deren Lebensstil und damit CO₂-Ausstoß sich kaum von dem der Industrieländer unterscheidet, hinter dem großen Anteil der armen Bevölkerung versteckt.

Indien hat seine Interessen in den internationalen Klimaverhandlungen zumeist in enger Absprache mit anderen Entwicklungs- bzw. Schwellenländern durchgesetzt. Bei der Konferenz in Kopenhagen 2009 bildete Indien zusammen mit Brasilien, Südafrika, Indien und China die sogenannte BASIC-Gruppe. Umweltminister Jairam Ramesh erklärte 2009 mit Blick auf die Kopenhagener Klimaverhandlungen, Indien wolle seinen CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 bis 25 Prozent auf der Grundlage der Werte von 2005 reduzieren.⁹⁰

Die neue indische Regierung unter Narendra Modi lässt keinen Zweifel daran, dass ihre Prioritäten vor allem in der wirtschaftlichen Entwicklung und weniger in der Umwelt- und Klimapolitik liegen. Die großangelegte »Make in India«-Initiative soll die Industrialisierung vorantreiben, die Bedingungen für ausländische Direktinvestitionen verbessern und den Technologietransfer beschleunigen. Modi hofft, damit das Wirtschaftswachstum, welches vor dem Regierungswechsel im Sommer 2014 bei rund 5 Prozent lag, wieder auf eine jährliche Rate von 7 bis 8 Prozent steigern zu können. Die im Rahmen dieser Initiative angestrebte massive Ausweitung des verarbeitenden Sektors wird die indischen CO₂-Emissionen weiter erhöhen.

Im Vorfeld des Klimagipfels in Paris im Dezember 2015 wurde die Haltung Indiens von westlicher Seite als besondere Herausforderung für den Erfolg der Tagung gesehen. Die indische Regierung hatte erst in letzter Minute Anfang Oktober 2015 ihre Intended Nationally Determined Contribution (INDC) für die Klimaverhandlungen bekanntgegeben. Sie erklärte darin, unter anderem den Anteil der erneuerbaren

Energien bis 2030 deutlich ausbauen und die Emissionsintensität senken zu wollen. Bei den Verhandlungen in Paris erwies sich Indien aber nicht als Blockierer oder Neinsager⁹¹, sondern trug die erzielten Vereinbarungen mit.⁹² Die indische Delegation hat zwar an einigen Stellen im Abkommen Kompromisse gemacht, zum Beispiel im Hinblick auf die Akzeptanz des 1,5-Grad-Ziels oder bei der angestrebten fünfjährigen Überprüfung der nationalen Klimaziele. Andererseits hat sie auch eine Reihe ihrer Prioritäten durchgesetzt. So wurde unter anderem das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung bekräftigt⁹³ und das Prinzip der Differenzierung auch auf Bereiche wie Monitoring, Berichterstattung und Verifizierung erweitert.⁹⁴ Ebenfalls im indischen Interesse ist die angestrebte Verlagerung des Schwerpunkts des Prozesses, der künftig stärker von den nationalen Umwelt- und Klimapolitikzielen bestimmt werden soll und weniger von internationalen Vorgaben.⁹⁵

Indische Umweltorganisationen befürchten, dass Modis Industrialisierungsstrategie zulasten der Umwelt gehen wird. Zum Beispiel sollen die Umweltauflagen für Industrieprojekte verringert und der Genehmigungsprozess beschleunigt werden. Im Frühjahr 2014 wurde ein Bericht des Geheimdiensts bekannt, der die Proteste und Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und ihrer westlichen Partnerorganisationen, zum Beispiel gegen Atomenergie und die Einführung genetisch-veränderter Nahrungsmittel, als »gegen die nationale Entwicklung« gerichtet einstufte. Den NGOs wurde unter anderem unterstellt, dass ihre Aktionen zu einer Verminderung

⁸⁹ Vgl. Government of India, Ministry of External Affairs, *The Road to Copenhagen, India's Position on Climate Change Issues*, Neu-Delhi 2009 <http://pmindia.nic.in/Climate%20Change_16.03.09.pdf> (Zugriff am 14.9.2012).

⁹⁰ Vgl. Government of India, Ministry of Environment and Forests, *Sustainable Development in India: Stocktaking in the Run Up to Rio+20*, Neu-Delhi 2011, S. 66, <http://moef.nic.in/downloads/public-information/Sust_Dev_Stocktaking.pdf> (Zugriff am 20.5.2012).

⁹¹ Vgl. Dhanasree Jayaram, »India's Positions and Goals beyond the Paris Climate Summit«, *Climate Diplomacy* (online), 11.1.2016, <www.climate-diplomacy.org/news/india%E2%80%99s-positions-and-goals-beyond-paris-climate-summit> (Zugriff am 18.1.2026).

⁹² Vgl. Sujatha Byravan/Sudhir Chella Rajan, »At Paris, Something for Everyone«, in: *The Hindu*, 15.12.2015, <www.thehindu.com/opinion/op-ed/paris-agreement-at-paris-something-for-everyone/article7987957.ece> (Zugriff am 15.12.2015).

⁹³ Vgl. Lavanya Rajamani, »Paris Triumph. The Climate Agreement Strikes a Fine Balance between Ambition, Differentiation and Finance«, in: *The Indian Express*, 16.12.2015, <<http://indianexpress.com/article/opinion/columns/united-nations-paris-climate-agreement-triumph/>> (Zugriff am 16.12.2015).

⁹⁴ Vgl. Jayaram, »India's Positions and Goals« [wie Fn. 91].

⁹⁵ Navroz K. Dubash, »A Climate More Congenial to India«, in: *The Hindu*, 16.12.2015, <www.thehindu.com/opinion/op-ed/cop-21-and-paris-agreement-a-climate-more-congenial-to-india/article7992802.ece> (Zugriff am 16.12.2015).

des Bruttoinlandsprodukts um zwei bis drei Prozent führen würden.⁹⁶

Modi hatte die Aktivitäten solcher Gruppen bereits in seiner Zeit als Ministerpräsident des Bundesstaats Gujarat kritisiert.⁹⁷ Die hindu-nationalistische BJP und ihr nahestehende Gruppen nehmen zudem immer wieder Anstoß an der Tätigkeit christlicher Hilfsorganisationen, die teilweise als ausländische Agenten diffamiert werden, deren Ziel es sei, Indien »kleinzuhalten«.⁹⁸ Aber auch in der Kongresspartei gibt es Vorbehalte gegen die Aktivitäten in- und ausländischer NGOs. Die Modi-Regierung erließ neue Gesetze zur Devisenbewirtschaftung, die ausländische Finanzströme zugunsten indischer NGOs einer stärkeren Kontrolle unterwerfen und damit den Handlungsspielraum dieser Organisationen einschränkten. Internationale NGOs wie Greenpeace oder die Ford Foundation sahen sich einer strengeren Überwachung gegenüber. Im September 2015 entzog das Innenministerium Greenpeace India die Erlaubnis, ausländische Gelder zu erhalten.⁹⁹

Das Vorgehen der indischen Regierung wird vermutlich auch Rückwirkungen auf die globale Ebene haben. Denn die indischen NGOs und ihre internationalen Partner haben eine lange Tradition der transnationalen Vernetzung und werden ihre Kritik an der indischen Politik nicht nur in westlichen Hauptstädten, sondern auch in den verschiedenen Global-Governance-Foren zu Gehör bringen.

⁹⁶ Vgl. Maja Daruwala, »How India Treats Its NGOs«, in: *The Indian Express*, 16.6.2014, <<http://indianexpress.com/article/opinion/columns/how-india-treats-its-ngos/99/>> (Zugriff am 16.6.2014).

⁹⁷ Vgl. Hasan Suroor, »Modi Hits out at NGOs«, in: *The Hindu*, 19.8.2003, <www.thehindu.com/thehindu/2003/08/19/stories/2003081902721100.htm> (Zugriff am 19.8.2003).

⁹⁸ Vgl. Paranjy Guha Thakurta, »Polinomics: Dissent Is Now a Crime«, in: *The Asian Age*, 18.6.2014, <www.asianage.com/columnists/polinomics-dissent-now-crime-385>; »Answering to Law, Not to Caesar«, in: *The Hindu*, 18.6.2014, <www.thehindu.com/opinion/editorial/answering-to-law-not-to-caesar/article6123746.ece> (Zugriff jeweils am 18.6.2014).

⁹⁹ Vgl. Vijaita Singh, »Greenpeace India's Registration Cancelled«, in: *The Hindu*, 4.9.2015, <www.thehindu.com/news/national/greenpeace-indias-registration-cancelled/article7613184.ece> (Zugriff am 4.9.2015).

Entwicklung

Auch nach über 60 Jahren Unabhängigkeit bleibt die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes die größte Herausforderung für alle indischen Regierungen. Die bis 1991 verfolgte Strategie einer gemischten Wirtschaftspolitik (mixed economy), die durch eine Politik der Importsubstitution und ein weitverzweigtes System von Regulierungen und Lizenzen versuchte, die Entwicklung voranzubringen, war gescheitert. Das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum von etwa 3,5 Prozent in der Zeit bis 1991 war zu gering, um angesichts eines Bevölkerungswachstums von zwei Prozent nachhaltige Entwicklungserfolge zu erzielen.¹⁰⁰ Die seitdem in Gang gesetzte wirtschaftspolitische Liberalisierung hat zumindest das Wachstum deutlich erhöht. Trotz der wirtschaftlichen Einbußen der letzten Jahre liegt die Wachstumsrate von diesem Zeitpunkt an im Durchschnitt bei circa 6 bis 7 Prozent.

Indien ist bis heute eines der größten Empfängerländer der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). 2003 allerdings schränkte die damalige BJP-Regierung die bilaterale EZ ein und führte diese seither nur noch mit wenigen ausgewählten Staaten, darunter Deutschland, durch. Der Schwerpunkt der EZ liegt seitdem auf der Zusammenarbeit mit multilateralen Organisationen.

Deutlich weniger bekannt ist, dass Indien bereits seit Mitte der 1960er Jahre eigene entwicklungspolitische Programme aufgelegt hat. Die indische EZ folgt nicht den Kriterien des Development Assistance Committee (DAC) der OECD, so dass eine Aufschlüsselung der Mittel schwierig ist. Indien vergibt auch eine Reihe von Darlehen und Kredite an ärmere Entwicklungsländer, mit denen dann Projekte indischer Firmen in diesen Staaten gefördert werden.

Das älteste Programm ist die Indian Technical and Economic Cooperation (ITEC), die im Rahmen von Indiens Zugehörigkeit zur Blockfreien-Bewegung gegründet wurde. Sie sollte die funktionale, technische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten stärken. Die zahllosen Ausbildungs- und Trainingsmaßnahmen, die überwiegend in Indien durchgeführt werden und sich vor allem an die (bürokratischen)

Eliten der Empfängerstaaten wenden, haben vermutlich mit dazu beigetragen, dass sich Indien seit dieser Zeit zu einem Sprecher der Entwicklungsländer im Kontext der VN etablierte.

Die Kriterien, nach denen die EZ vergeben wird, werden von offizieller Seite als »demand-driven and response-oriented«¹⁰¹ bezeichnet. Neben dem ITEC-Programm gibt es das Special Commonwealth Assistance for Africa Programme (SCAAP) und das Technical Cooperation Scheme (TCS). Die EZ Indiens konzentriert sich auf Wissens- und Technologietransfer und weniger auf kostspielige Langzeitprojekte, wie es häufig bei westlichen Ländern der Fall ist. Im Rahmen des India Development and Economic Assistance Scheme vergab Indien 2011/12 außerdem Kredite im Wert von 614,2 Millionen US-Dollar, die hauptsächlich nach Afrika flossen.¹⁰²

Wie vielen anderen Staaten, so gelang es auch Indien nicht, die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) der VN vollständig umzusetzen. Erfolge gab es in den Bereichen Armutsbekämpfung, Geschlechtergleichheit und Gesundheit, Defizite bei der Alphabetisierung, der politischen Beteiligung von Frauen, der Senkung der Kinder- und Säuglingssterblichkeit sowie bei der ausreichenden Bereitstellung von Sanitäreinrichtungen.¹⁰³ Angesichts von Indiens Selbstdarstellung als »am schnellsten wachsende Demokratie«, die unter der Ägide der UPA-Regierungen den Anspruch eines »inklusiven Wachstums« verfolgte, sind die sozialpolitischen Versäumnisse ein niederschmetterndes Ergebnis. Dabei liegen die Defizite weniger auf der Ebene der Zentralregierung als vielmehr in den Bundesstaaten, die die Zuständigkeit unter anderem für Bildung und Gesundheit haben.

Das hohe Wirtschaftswachstum seit den 1990er Jahren hat einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Armut geleistet.¹⁰⁴ Wie zwiespältig diese Befunde

¹⁰¹ Ministry of External Affairs, *Annual Report 2011–12* [wie Fn. 24], S. 129.

¹⁰² Ebd., S. 129ff; Price, *For the Global Good* [wie Fn. 41], S. viii–8.

¹⁰³ Vgl. United Nations Country Team India, *India and the MDGs. Towards a Sustainable Future for All*, Neu-Delhi 2015, S. 4, <www.unic.org.in/items/India_and_the_MDGs_small_web.pdf> (Zugriff am 9.7.2015).

¹⁰⁴ Vgl. Mehra, »8% GDP Growth« [wie Fn. 2].

¹⁰⁰ Vgl. John R. Schmidt, »Has India Peaked?«, in: *The Washington Quarterly*, 37 (2014) 3, S. 79/80.

aber sind, zeigt sich zum Beispiel daran, dass es Indien bislang nicht gelungen ist, eine dauerhaft bessere Position im Human Development Index (HDI) zu erreichen. So lag das Land 2014 auf Platz 135 von insgesamt 187 bewerteten Staaten.¹⁰⁵ Untersuchungen haben gezeigt, dass der internationale wirtschaftspolitische »Aufstieg« Indiens seit den 1990er Jahren von einem regionalen sozialpolitischen »Abstieg« begleitet wurde. So haben sich eine Reihe von Sozialindikatoren Indiens im Vergleich zu den Nachbarstaaten in Südasien zwischen 1990 und 2011 verschlechtert.¹⁰⁶ Eine weitere negative Entwicklung war, dass in der Zeit zwischen 2005 und 2010 kaum neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.¹⁰⁷

Die zwiespältige Bilanz Indiens bei der MDG-Implementierung, die zugleich die Probleme der staatlichen Durchsetzungsfähigkeit hat offenkundig werden lassen, erklärt vermutlich auch, warum Neu-Delhi einer ähnlichen Verbindlichkeit bei der Vereinbarung der nachfolgenden Sustainable Development Goals (SDGs) skeptisch gegenüberstand. Seit 2015 bilden die SDGs ein ganzheitliches und globales Gerüst einer neuen Entwicklungsagenda. Sie bauen auf den MDGs auf, gelten in allen Ländern und sollen auf den drei grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte, der Gleichheit und der Nachhaltigkeit basieren. Die Weichen dafür wurden auf der Rio+20-Konferenz im Jahr 2012 gestellt. Im Abschlussdokument jener Konferenz wurde die Einrichtung einer »Working Group on the Sustainable Development Goals« mit Repräsentanten aus 30 Ländern vereinbart, zu denen auch Indien zählte. Der von der Open Working Group vorgelegte 17-Punkte-Zielkatalog mit seinen 169 Subzielen hingegen stieß vor allem bei der indischen Regierung auf Widerstand.¹⁰⁸ Der im Mai 2013 erschienene *National Consultation Report* lieferte einen Überblick über die Haltungen der verschiedenen Interessengruppen in

Indien gegenüber der neuen globalen Entwicklungsagenda auf der Basis der SDGs.

Für die indische Regierung lag der Fokus der SDGs weiter auf den klassischen Entwicklungszielen wie der Armutsbekämpfung. Zugleich warnte sie vor einer »laundry list«, die alle Weltprobleme aufzählt, und sprach sich deshalb gegen die Aufspaltung der SDGs in weitere Subziele aus. Besonders kritisch sah sie die Einbeziehung von Zielen zu Frieden, Sicherheit und guter Regierungsführung in den neuen Zielkatalog: »Die ›Entwicklungsagenda‹ ist keine ›Governance-Agenda‹. Dem Recht auf Entwicklung sollte der Vorrang gegeben werden.«¹⁰⁹ Sofern eine Governance-Diskussion geführt werden sollte, solle diese sich auf die Reform der Bretton-Woods-Institutionen (siehe oben, S. 11), der VN und des Sicherheitsrats (siehe oben, S. 18f.) konzentrieren, auf Themen somit, die für die internationale Rolle Indiens von Bedeutung sind.¹¹⁰ Die Gründe für die indische Haltung sind ähnlich wie bei der Diskussion über R2P oder verwandte Fragen: Indien fürchtet, dass eine breite Agenda das Risiko einer Einmischung in seine innenpolitischen Angelegenheiten erhöhen könnte, die nicht nur auf Konflikte wie in Kaschmir, sondern auch auf Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel die Gewalt gegen Frauen oder die Kastendiskriminierung abzielt. Bei den Verhandlungen über die Ausgestaltung der SDGs haben indische Vertreter bereits signalisiert, dass sie einem ähnlich verbindlichen Verfahren wie bei den MDGs nicht zustimmen werden. Dies bedeutet nicht, dass die Bedeutung der Thematik nicht erkannt wird, sondern Indien will sich, analog zu den Klimaverhandlungen, keinen Verpflichtungen in einem vorgegebenen Zeitrahmen unterwerfen.¹¹¹

Organisationen der indischen Zivilgesellschaft und Frauenverbände vertreten deutlich andere Positionen, die im Widerstreit zur Regierungsposition stehen. Angesichts der Missstände und der unzureichenden staatlichen Kapazitäten sprechen sie sich dafür aus, auch

¹⁰⁵ Vgl. »India Ranks 135 in Human Development Index: UNDP«, in: *The Times of India*, 24.7.2014, <<http://timesofindia.indiatimes.com/india/India-ranks-135-in-human-development-index-UNDP/articleshow/38959685.cms>> (Zugriff am 18.1.2016).

¹⁰⁶ Vgl. Jean Drèze/Amartya Sen, *An Uncertain Glory. India and its Contradictions*, Princeton/London 2013, S. 50–58.

¹⁰⁷ Vgl. »Wasting Time: India's Demographic Challenge«, in: *The Economist*, 11.5.2013, <www.economist.com/news/briefing/21577373-india-will-soon-have-fifth-worlds-working-age-population-it-urgently-needs-provide> (Zugriff am 11.5.2013).

¹⁰⁸ Vgl. Open Working Group of the General Assembly on Sustainable Development Goals, *Proposal for Sustainable Development Goals*, August 2014, <<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1579SDGs%20Proposal.pdf>> (Zugriff am 20.7.2015).

¹⁰⁹ »The ›development agenda‹ is not a ›Governance Agenda‹. Primacy should be given to Right to Development«, United Nations Development Programme (UNDP), *National Consultation Report: Post-2015 Development Framework, India*, Neu-Delhi, Mai 2013, S. 28, <www.in.undp.org/content/dam/india/docs/poverty/national-consultation-report-post-2015-development-agenda.pdf> (Zugriff am 10.7.2015).

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 33.

¹¹¹ Vgl. Government of India, Ministry of Environment, Forest and Climate Change, *National Inputs of India for Rio+20*, Neu-Delhi 2012, <http://moef.nic.in/downloads/public-information/National_Inputs_of_India_for_Rio_+20.pdf> (Zugriff am 25.5.2012).

Themen wie (interne) Governance, Menschenrechte und Fragen der Diskriminierung auf die Agenda der SDGs zu setzen.¹¹²

Trotz der Probleme im eigenen Land wird Indien in den anstehenden Verhandlungsrunden zu den SDGs vermutlich keine Führungsrolle einnehmen. Für die indische Regierung liegt der Schwerpunkt auf einem konzentrierten SDG-Programm, das sich auf die Armutsbekämpfung fokussiert und auf internationale Überprüfungsmechanismen verzichtet. In seiner Rede vor den VN unterstrich Premierminister Manmohan Singh 2013 noch einmal diese Prioritäten.¹¹³ Indien wird auf die finanzielle Unterstützung der Industriestaaten sowie auf einen weiteren Technologietransfer drängen und versuchen, die Süd-Süd-Kooperation weiter auszubauen.¹¹⁴ Diese Aspekte decken sich auch mit den Schwerpunkten der neuen Regierung von Narendra Modi.

112 Vgl. UNDP, *Post-2015 Development Framework* [wie Fn. 109], unter anderem S. 38, 62, 71.

113 Vgl. Ministry of External Affairs, *Annual Report 2013–14* [wie Fn. 7], S. 97.

114 Vgl. Ivan Campbell/Sunil Suri, »India's Development Cooperation: Post-2015 and Beyond«, *Saferworld* (online), 30.10.2013, <www.saferworld.org.uk/news-and-views/comment/113-indias-development-cooperation-post-2015-and-beyond> (Zugriff am 20.7.2015).

Ausblick: Indien und seine Global-Governance-Politik

Indien war, ist und bleibt ein aus deutscher, europäischer und insgesamt westlicher Perspektive schwieriger Partner im Bereich der globalen Regierungsführung. So genießt das Land auf der bilateralen und multilateralen Ebene kein gutes Ansehen, was aber auf Gegenseitigkeit beruht. Indische und amerikanische oder europäische Verhandlungspartner bezichtigen sich wechselseitig mit Begriffen wie »moralisierend«, »belehrend« und »arrogant«.¹¹⁵ Indien gilt in internationalen Verhandlungsrunden als »Neinsager«¹¹⁶ bzw. als Land, das nicht »Ja« sagen kann oder notorisch »einigungsunwillig« (»agreement averse«) ist.¹¹⁷ Im internationalen Kontext wird Indien auch als »contrarian loner«¹¹⁸, das heißt als Einzelgänger gesehen, der sich gegen die Mehrheit stellt, wie es zum Beispiel beim NVV der Fall war. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese indische Haltung vor allem in Verhandlungssituationen gegenüber entwickelten Staaten zum Ausdruck kommt, nicht jedoch gegenüber anderen Schwellen- oder Entwicklungsländern.¹¹⁹

Dieses Verhalten Indiens ist jedoch nicht unbedingt neu, tritt aber mittlerweile stärker in Erscheinung, da Global-Governance-Themen heute häufiger Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen sind als früher. Die Positionen Indiens in den verschiedenen Politikfeldern weisen durchaus Kontinuitäten auf zu denen aus der Zeit vor 1991. Neu-Delhi hat zum Beispiel schon seit der Unabhängigkeit eine größere internationale Rolle und Mitsprache beansprucht. Indische Regierungen haben zu diesem Zweck wiederholt Versuche unternommen, internationale Institutionen ins Leben zu rufen und Allianzen zu schmieden. Die erste Asia Relations Conference im März/April

1947, noch vor der offiziellen Unabhängigkeit, war ebenso Ausdruck dieser Bemühungen wie die Bandung-Konferenz 1955 oder die Gründung der Blockfreien-Bewegung 1961. Auch die Etablierung einer Reihe von Gruppen im Kontext der VN wie die G77 oder die Unterstützung des Konzepts einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung (NIWO), das in den 1970er Jahren mit von Indien initiiert wurde, ist auf dieses Bestreben zurückzuführen, genauso wie die Forderung nach einer stärkeren Süd-Süd-Kooperation, die ihren Ursprung in der anti-kolonialen Haltung der indischen Außenpolitik in den 1950er Jahren hat. Der erste Atomtest 1974 war ebenfalls eher von Staturerwägungen motiviert als von konkreten sicherheitspolitischen Bedrohungen.

Die wirtschaftspolitische Liberalisierung 1991 und der Wandel des internationalen Systems nach dem Zerfall der Sowjetunion haben auch Auswirkungen auf Indiens Rolle in den verschiedenen Bereichen von Global Governance gehabt. Erstens haben seitdem Wirtschaftsfragen ein überragendes Gewicht in der Außenpolitik, das sie zu Zeiten der binnenorientierten Wirtschaft nie hatten. Zweitens kamen neue Themen auf die internationale Agenda wie Umwelt und Entwicklung. Drittens rückte die zunehmende Interdependenz innenpolitische Fragen verstärkt in den außenpolitischen Entscheidungsprozess, zum Beispiel die Frage, in welchem Maß bestimmte Wirtschaftsbereiche für ausländische Direktinvestitionen geöffnet werden oder inwieweit die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelsubventionen vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden sollten. Viertens wurden damit neue internationale Koalitionen notwendig. Zugleich haben damit traditionelle Institutionen der indischen Außenpolitik an Bedeutung verloren, wie etwa die Blockfreien-Bewegung. Eine Konstante dagegen ist, dass sich Indien weiter eher in nicht-westlichen Zusammenschlüssen wie BRICS und BASIC als in pro-westlichen Gruppen engagiert.

Eine mögliche Ursache dafür, warum die größte Demokratie, mit einem sehr ausgeprägten westlichen Verfassungsverständnis, fast immer in nicht-westlichen Allianzen zu finden ist, liegt vermutlich in den innenpolitischen Diskursen. Auf der einen Seite gibt es einen diffusen Anti-Amerikanismus, der von den

115 Vgl. Stephen P. Cohen, *India. Emerging Power*, Washington, D.C.: The Brookings Institution, 2002, S. 62, 66, 86; Bernd von Muenchow-Pohl, *India and Europe in a Multipolar World*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, Mai 2012, S. 31.

116 Amrita Narlikar, »Is India a Responsible Great Power?«, in: *Third World Quarterly*, 32 (2011) 9, S. 1610–1613.

117 Vgl. Cohen, *India. Emerging Power* [wie Fn. 115], S. 66, 85.

118 Vgl. George Perkovich, »Is India a Major Power?«, in: *The Washington Quarterly*, 27 (2003) 1, S. 142.

119 Vgl. Amrita Narlikar, »India Rising: Responsible to Whom?«, in: *International Affairs*, 89 (2013) 3, S. 603–605.

linken bzw. sozialistischen Traditionen im Land geprägt und in Teilen der Kongresspartei und der Linksparteien verwurzelt ist. Auch wenn sich die Beziehungen zu den USA seit den 1990er Jahren auf allen Ebenen deutlich verbessert haben, ist diese »linke« Kritik – zum Beispiel an der Globalisierung und dem Abbau von Arbeitnehmerrechten durch eine weitere Öffnung des Landes – in den innenpolitischen Diskussionen sehr weit verbreitet. Auf der anderen Seite gibt es aber auch eine »rechte« Kritik am westlichen Zivilisationsmodell, die von hindu-nationalistischen Gruppierungen und von Teilen der BJP gepflegt wird. Diese Gruppen propagieren ihr Konzept von Hindutva, mit dem Indien zu einer Hindu-Nation werden soll. In diesem Kontext gelten die USA aber durchaus als willkommener außenpolitischer Partner, vor allem gegen Staaten wie China und Pakistan.

In zwei der fünf hier behandelten Bereiche hat Indien klare außenpolitische Erfolge erzielt. Am symbolträchtigsten war ohne Frage das Nuklearabkommen mit den USA, das die Tür für weitere Abkommen mit anderen Staaten geöffnet hat. Ein vermutlich größerer, wenn auch nicht ganz so prestigekräftiger Erfolg ist Indiens Aufstieg innerhalb der WTO. Durch eigene Anstrengungen, Verhandlungsgeschick und Allianzbildung gilt Indien heute als einer der zentralen Akteure in diesem Politikfeld der Global Governance.

Die erfolgreichen Verhandlungsstrategien lassen sich in den historischen Kontext indischer Nationalen setzen.¹²⁰ Allerdings wurden ähnliche Strategien auch von anderen Staaten angewandt, zudem waren sie ja nicht nur erfolgreich. Ohne die Initiative der Bush-Administration Mitte der 2000er Jahre wäre es Indien aus eigener Kraft nicht gelungen, seinen Status quo im NVV-Regime zu ändern. Eine näherliegende Erklärung für die indische Verhandlungsstrategie ist, dass der indische Exzeptionalismus, wie zum Beispiel die Haltung als »Neinsager«, auch ein Ausdruck für die begrenzten staatlichen Kapazitäten ist. International bindende Vereinbarungen, die in nationale Gesetze umgesetzt werden müssen, wurden von vielen Regierungen für eigene Reformanstrengungen genutzt. Indische Regierungsvertreter ahnen vermutlich die Grenzen ihrer staatlichen Durchsetzungskapazitäten. Pratap Bhanu Mehta, der Leiter eines indischen Think-Tanks, hat diesen Reflex mit folgenden Worten beschrieben: »Wir verstecken uns hinter unserer Ab-

koppelung von der internationalen Zusammenarbeit, um das strukturelle Unvermögen unseres Staates zu verschleiern.«¹²¹

Es spricht deshalb wenig dafür, dass sich Indiens Positionen in den Global-Governance-Bereichen grundlegend ändern oder womöglich westlichen Standpunkten annähern werden. Sofern es Premierminister Modi gelingt, seine wirtschaftlichen Reformen voranzutreiben und Indiens internationales Gewicht zu erhöhen, wird es für Neu-Delhi kaum einen Grund geben, gegenüber dem Westen Kompromisse in strittigen Bereichen von Global Governance zu machen. Der Zwist mit westlichen Positionen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine starke und vermutlich weiter wachsende bilaterale Zusammenarbeit zwischen Indien und den Industriestaaten gibt. Belastet werden könnte diese Zusammenarbeit durch die zunehmenden Einschränkungen, denen sich in- und ausländische NGOs in Indien gegenübersehen. Der Governance-Begriff hebt ja besonders auf die Rolle nicht-staatlicher Akteure ab, die ihren Protest wenn nicht in Indien, dann in den westlichen Parlamenten zu Gehör bringen werden.

Ebenso interessant dürfte das weitere indische Verhalten innerhalb der BRICS sein, sofern Staaten wie China oder Russland diese Kooperation zu einem anti-westlichen Block transformieren wollen. Trotz der eigenen anti-westlichen Traditionen stehen dem nicht nur die engen Beziehungen Indiens zu den USA entgegen, sondern auch das Selbstverständnis als Großmacht, die in letzter Konsequenz einen gleichrangigen Status mit China beansprucht.

Abkürzungen

BASIC	Brasilien, Südafrika, Indien, China
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BJP	Bharatiya Janata Party
BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
CCIT	Comprehensive Convention on International Terrorism
CPS	Country Partnership Strategy
CRA	Contingency Reserve Arrangement
DAC	Development Assistance Committee (OECD)
EMDC	Emerging Market and Developing Countries

¹²¹ We hide behind our international disengagement to disguise the incapacities of our own state«, Pratap Bhanu Mehta, »As India Stays Away. The Trans-Pacific Partnership Has Implications for India's Integration with the World Economy«, in: *The Indian Express*, 9.10.2015, <<http://indianexpress.com/article/opinion/columns/as-india-stays-away/>> (Zugriff am 18.1.2016).

¹²⁰ Vgl. Amrita Narlikar/Aruna Narlikar, *Bargaining with a Rising India: Lessons from the Mahabharata*, Oxford: Oxford University Press, 2014.

EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
HDI	Human Development Index
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
IBSA	Indien, Brasilien, Südafrika
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
IDA	International Development Association
IDSa	The Institute for Defence Studies and Analyses (Neu-Delhi)
IFC	International Finance Corporation
ITEC	Indian Technical and Economic Cooperation
IWF	Internationaler Währungsfonds
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam (Sri Lanka)
MDG	Millennium Development Goals
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency
MTCR	Missile Technology Control Regime
NDB	New Development Bank
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
NSG	Nuclear Suppliers Group
NVV	Nichtverbreitungsvertrag
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
R2P	Responsibility to Protect
SCAAP	Special Commonwealth Assistance for Africa Programme
SCP	Singh Convergence Principle
SDG	Sustainable Development Goals
SR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
TCS	Technical Cooperation Scheme
TFA	Trade Facilitation Agreement
UPA	United Progressive Alliance
VN	Vereinte Nationen
WTO	World Trade Organisation (Welthandelsorganisation)

Weitere SWP-Publikation zum Thema

Susanne Dröge/Christian Wagner

Indien in den internationalen Klimaverhandlungen.

Keine neuen Akzente unter Modi

SWP-Aktuell 16/2015, Februar 2015.